

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Leben.

Leben heißt: mit heißen Mähen aufwärts nach der Wahrheit ringen, heißt: in nimmermüdem Streite ernst das eigne Ich bezwingen.

Leben heißt: mit starkem Arme fest und froh sein Glück sich schmecken, jauchzend nach den Sternen greifen und der Welt die Stirne bieten.

Leben heißt: in Kampf und Stürmen Zuversicht im Herzen tragen, heißt: im Hoffen niemals wanken und im Selben nie verzagen.

Heißt: mit immer vollen Händen Liebe spenden, Liebe geben, und für seine Ideale kämpfend sterben; das heißt — „Leben“.
M. Straßner.

Ein Streik mit Belagerungszustand und Militäraufgebot mit Maschinengewehren.

Gottlob gehört es in Deutschland nicht zu den Alltäglichkeiten, bei Streiks, die ganze Macht der Zivil- und Militärbehörden aufzubieten. Noch viel weniger, daß Tote und Verwundete zu verzeichnen sind.

Das kleine Dörfchen Rheinfelden ist leider zu dieser Berühmtheit gelangt, wo feige Mordhieben zu Gewehr und Revolver griffen, denen Menschenleben zum Opfer fielen, und sonstige Ausschreitungen zur Folge hatten.

Ueber den Streik auf den hiesigen Aluminiumwerken wurden schon wiederholt in unserem Organ berichtet. Die letzten Vorkommnisse, worüber teilweise sehr irrtümliche Nachrichten durch die Presse verbreitet, lassen es ratsam erscheinen, einen umfassenden Bericht im Verbandesorgan zu veröffentlichen.

Unser Verbandsvorsitzender, Kollege Wieber, welcher an Ort und Stelle sich eingehend informierte, gibt hierüber folgende Einzelheiten:

Rheinfelden, direkt an der Schweizer Grenze gelegen, nur durch den Rheinstrom davon getrennt, ist eine sehr zerstreut liegende Ortschaft, mit einigen hundert Einwohnern, worin in den letzten zehn Jahren eine Reihe Fabriken sich angesiedelt haben.

Vor einigen Monaten wurde seitens unseres Verbandes eine Ortsgruppe gegründet, welcher fast alle Arbeiter der Aluminiumwerke, zirka 120 Mann, beitraten. Darunter zirka 28 italienische Arbeiter, welche sich als sehr eifrige Kollegen betätigten. Die Löhne waren im Verhältnisse der teuren Lebenshaltung niedrig zu nennen. Der Anfangslohn betrug 2,80 Mk., steigend bis zu 4 Mark. Kleinere Erfolge ermutigten die Kollegen der Firma, eine Reihe von Forderungen zu unterbreiten und zwar:

Eine Erhöhung der Löhne nach folgenden Ansätzen: für die ungelerten Arbeiter im Alter von 18—20 Jahren nicht unter 3,20 Mk. pro Tag, im Alter von 21—25 Jahren 3,50 Mk., im Alter von 25—30 Jahren 3,80 Mk. und vom 30. Jahr ab mindestens 4 Mk.; die gelerten Arbeiter (Handwerker usw.) erhalten auf vorstehende Löhne einen Zuschlag von 20 Prozent; alle Arbeiter, die bei Abschluß dieses Tarifs vorgenannten Lohn schon erhalten, bekommen eine Aufbesserung von 10 Proz.; Hilfsarbeiter werden nicht unter 3,60 Mk. pro Tag entlohnt. Im weiteren wurden Zuschläge für Nachtarbeit, Sonntagsarbeit und Doppelschichten verlangt; die tägliche Arbeitszeit sollte 9 1/2 Stunden betragen. Anfangs erschien es, als wolle die Direktion darauf eingehen, und wenigstens teilweise die Forderung bewilligen, mit suchte sie den Zeitpunkt mehr hinauszuschieben. Die Arbeiter verlangten aber spätestens bis zum 15. August eine

definitive Antwort über die Angelegenheit, waren aber bereit, die Lohnfrage noch bis zu einem späteren Termin zu verschieben. Die Direktion lehnte indes alles ab, auch diejenigen Forderungen, welche sie früher schon quasi zugesagt hatte.

Durch Entlassung von Arbeitern und Einstellung frischer Arbeitskräfte suchte die Fabrikleitung die Sache zu unterdrücken und vor allem die Organisation lahm zu legen. Aber auch die Neueingestellten schlossen sich der Organisation an. Nachdem schon mehr als 15 Mann angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen waren, trotzdem immer neue eingestellt wurden, merkten die Arbeiter, was die Firma im Schilde führte und daß sie sich nur auf einen Streik vorbereite. Dieses erbitterte die Arbeiter, und sie legten die Arbeit plötzlich ohne Wissen und Zustimmung der Organisation nieder. Als Bezirksleiter Engel erschien, stand er vor fertigen Tatsachen. Inzwischen wurden alle Schritte unternommen, um eine Einigung in die Wege zu leiten. Dieselben scheiterten aber an dem Standpunkt der Generaldirektion, welche in Neuhausen (Schweiz), ihren Sitz hat.

Fabrikinspektor, Oberamtmann, Bürgermeister, alle wurden kühl abgewiesen mit dem Bemerkens: Es beständen für die Direktion keine Differenzen. Ein Schreiben unseres Verbandsvorsitzenden Wieber wurde überhaupt nicht beantwortet. Leider hatte ein Teil von zirka 20—25 Arbeiter die Arbeit nicht mit niedergelegt, wie sie vorher in Werkstattversammlungen versprochen; sondern spielten die Arbeitswilligen. So konnte mit Hilfe der Meister, die Döfen notdürftig in Betrieb erhalten werden. Die Direktion trug sich jedenfalls mit dem Gedanken, sehr schnell Ergriffenheiten zu finden. Zu diesem Zwecke wurde in Zeitungen der umliegenden Ortshäfen 80 bis 100 Arbeiter gesucht, denen höhere Löhne versprochen wurden als die alten Arbeiter verlangt hatten.

In den ersten Tagen ergoß sich daher eine wahre Flut von Arbeitsuchenden nach Rheinfelden; bis 40 bis 50 in einem Tage. Dieselben konnten aber alle geschoben werden, nachdem sie ihren „Nachschick“ erten, und so hatte die Firma das Nachsehen.

In der Bestirzung, daß die Arbeitswilligen, falls sie die Fabrik verließen, ebenfalls die Arbeit einstellen würden, wurden ihnen Strohsäcke in den Fabrikräumen aufgelegt, Freibier gewährt, kurz alles, was bei solcher Gelegenheit diesen „nützlichen“ Elementen gewährt werden kann.

Die Streikenden verhielten sich muster-giltig. Trotzdem sie von einer Reihe Arbeitswilligen geradezu provoziert, verhöhnt, mit Steinen und Flaschen nach ihnen geworfen, mit Revolvern bedroht wurden. Besonders waren es die in den letzten Tagen des Streiks zur traurigen Berühmtheit gelangten Meister Fischer und Portier Biel, welche sich hervortaten. Die gutmütige, harmlose Naivität der Streikenden läßt sich am besten daran illustrieren; wie sie es ruhig geschahen ließen, daß die an der Straße in der Nähe der Fabrik angeklebten Plakate, Lauszettel, von Arbeitswilligen ein dutzend Mal abgerissen wurden, ohne dieselben zur Rede zu stellen. Die Streikposten begnügten sich damit, die Plakate einfach wieder zu erneuern.

Dagegen ein geschriebener Zettel der Fabrikleitung, welche dieselbe an einen offenen Straßenzugang zur Fabrik angeklebt und als „verbotener“ Privatweg gekennzeichnet (selbstverständlich erst nach Ausbruch des Streiks), blieb unberührt.

Die Streikposten wachten förmlich mit Argusaugen darauf, daß dieses Zettelchen unbehelligt blieb; und so konnte es vier Wochen sein Dasein fristen, bis der „Sturm“ am 14. August Jaun mit Zettel hinwegsetzte. Dieser Vorgang beweist mehr als alles andere, daß die Streikenden keine Kaufbolde waren.

Selbstverständlich wurden die Streikenden sowohl seitens des Bezirksleiters Engel wie auch des Verbandsvorsitzenden, immer ermahnt, sich stets ruhig zu verhalten, und sich nicht provozieren zu lassen.

Durch die eifrige Tätigkeit, mit welcher die Streikenden Tag und Nacht auf ihrem Posten waren. (Auch des Nachts wurden Posten gestellt), war es gelungen, jeden Zugang aus der Umgebung fern zu halten. Die Firma suchte nun einen andern Schlag gegen die Streikenden zu führen, dieselben sofort aus den Fabrikwohnungen zu entfernen. Doch die Klage wegen sofortiger Räumung der Wohnungen wurde vom Amtsgericht Säckingen abgewiesen; und die verurteilungsmäßige Kündigung auf den 15. September verfügt. Damit war Zeit gewonnen, und bei Unterlegung der Miete hätte sich ein Prozeß weiter in die Länge ziehen lassen. Der Ausgang der Klage hob bei den Streikenden die Siegeszuversicht.

Eine ernste Wendung brachte der Freilag, (13. August). Eine Sendung Arbeitswilliger, ca. 25 bis 30 Mann, unter Führung des genannten Fischer von Frankfurt kommend, trafen ein. Um sich ungelesen einzuschleichen, waren dieselben eine Station vor Rheinfelden ausgehoben und erreichten auf Umwegen die Fabrik, begleitet von zwei Gendarmen und zwei Polizeidienern, je zwei vorn und zwei hinten. Ueber mangelhaften Schutz hatten die Arbeitswilligen demnach gewiß sich nicht zu beklagen.

Es gelang indes, trotz aller Schleichwege, nicht die Fabrik ungeschoren zu erreichen. Schnell hatte sich eine größere Anzahl Menschen zusammengefunden. Die Streikposten suchten die Arbeitswilligen über den Streik aufzuklären und zur Umkehr zu bewegen. Zugleich kamen aus den in der Nähe liegenden Fabrikhäusern Frauen, Kinder auf den Armen tragend, und riefen den Arbeitswilligen zu: „Wollt Ihr uns und unsern Kindern das Brod nehmen?“ Während Frauen von Arbeitswilligen die Streikenden verhöhnten, ihnen zuriefen, geht habt ihr doch verloren, und wie toll herumtanzten. In diesem Moment legte Werkmeister Fischer, welcher mit 8 Arbeitswilligen trotz der Polizeibegleitung mit Revolvern ausgerüstet war, die Waffe zum Schießen auf einen Arbeiter an. Derselbe schlug schnell die Waffe nieder, der Schuß gab ihm eine kleine Handverletzung. Fischer legte zum zweitenmal zum Schuß an, wobei ihm der Polizeidiener heftig die Waffe entriß. Zu weiteren Tätlichkeiten kam es trotz dem provokatorischen Vorgehen dieses Werkmeisters nicht.

Unbegreiflich ist es uns, wie die Polizei es wagt, daß ein solches hergelauteses Gesindel Waffen tragen dürfte. Wird doch berichtet, daß darunter freibrieflich verfolgte Subjekte gewesen, die später von Gendarmen verhaftet worden sein sollen.

Die Arbeiter wurden aber über dieses Vorkommnis empört und verlangten stürmisch die Verhaftung Fischers. Der Anwesende Gendarmenwachmeister lehnte es aber ab, weil Fischer in guter Stellung stand. Dieses mußte die Menge noch mehr reizen; da einige Zeit vorher ein Nichtstreikender Arbeiter verhaftet worden war, weil er einem Streikbrecher, der ihn beschimpft, eine wohlverdiente, kräftige Ohrfeige verabreicht hatte.

Bezirksleiter Engel, welcher bei diesen Vorkommnissen nicht zugegen gewesen, wurde von den Vorfällen telegraphisch benachrichtigt. Bei seinem Eintreffen am nachmittag, berief er sofort die Streikenden zur Versammlung und ermahnte sie zur Ruhe. Gegen 10 Uhr abends hatte dieselbe ihr Ende erreicht, und alles ging in Ruhe auseinander. Die einen auf ihren Posten; die andern nach Hause; auch Engel begab sich in sein Quartier. Obige Vorkommnisse hatten sich aber wie ein Lauffeuer unter den Arbeitern anderer Fabriken verbreitet, auch in dem benachbarten Schweizerisch-Rheinfelden und den umliegenden Orten. Abends hatten sich zirka 500 bis 600 Personen auf den Straßen angesammelt. Die Streikenden waren, da sie Versammlung hatten, nicht beteiligt, höchstens ein vor der Fabrik stehender Streikposten.

Die Anwesenden verlangten ebenfalls wieder stürmisch die Verhaftung des Werkmeisters Fischer. Von der städtischen Seite wurden einige Steinwürfe gegen die Fabrik geschleudert, während die größte Menschenmenge auf der Straße in nordwestlicher Rich-

tung am Haupteingang stand, ungefähr 50 bis 60 Meter von der Fabrik entfernt. Da erfolgten aus den Fabrikräumen ungefähr 12 Gewehrschüsse in die Menge hinein. Der 29jährige Italiener Gnoli, Vater von drei Kindern, erhielt einen Schuß aus einem Vetterlegewehr, der in einigen Minuten erscheinende katholische Pfarrer konnte ihm schnell noch die Sterbeabsolution erteilen, nach einigen Minuten war der Tod eingetreten.

Ferner erhielt der Vorarbeiter Olinger ebenfalls Familienvater von vier Kindern, von hinten einen Schuß aus einem schweizerischen Ordonnanzgewehr (Militärgewehr). Der Schuß ging durch den Rücken und trat aus der Brust wieder heraus. Beide waren nicht am Streik beteiligt. Nollinger war auf dem Matrimumwerk beschäftigt und hatte in den hintersten Reihen gestanden und sich gerade zum Nachhausegehen gewandt.

Ein dritter wurde noch am Arm verletzt. Die Schüsse brachten die Aufregung und Erbitterung der Menge zum Siedepunkt. Ein Hagel von Steinen wurde gegen die Fabrik geschleudert und die Fenster zertrümmert. Am schlimmsten erging es den Wohnungen der Arbeitswilligen. Kein Fenster war ganz geblieben, auch Möbel wurden teilweise zertrümmert. Die Arbeitswilligen nebst Frauen und Kindern, die einige Stunden vorher die Streikenden noch verhöhnt hatten, hatten sich aus dem Staube gemacht und in der Fabrik kampiert. Als der Haupttäter, welcher die Schüsse abgegeben, wurde der Portier Biehl, ein Schweizer, ermittelt, der aber zweifellos noch Helfershelfer gehabt haben muß, welches die große Anzahl der Schüsse ergibt. Die in Zeitungsberichten gegebene Darstellung, als habe die Menge sich im Kampfe mit den Gendarmen befunden, und letztere von ihrer Waffe Gebrauch gemacht, ist vollständig unwar. Während des ganzen Vorganges, welcher sich innerhalb einer Viertelstunde, zwischen 10 1/2 bis bis 10 3/4 abspielte, sind von Zuschauern weder Polizei noch Gendarmen bemerkt worden, noch haben sie eingegriffen, auch niemals von ihrer Waffe Gebrauch gemacht.

Die freiwillige Feuerwehr von Rheinfelden, die alarmiert wurde, erbot sich wohl, in die Fabrik zu gehen, aber ein Vorgehen gegen die Arbeiter lehnte sie ab. Ein Beweis, wie sehr die öffentliche Meinung auf Seiten der Arbeiter und gegen die Mordtaten und die Firma war.

Kollege Engel begab sich, als er die Schüsse sah, sofort auf den Kampfplatz und ermahnte die Menge, Ruhe zu halten und auseinanderzugehen. Es ist eine böswillige Verleumdung, wie es in einigen Blättern, z. B. dem sozialdem. karlsruher Organ „Der Volkfreund“ und der „Frankfurter Ztg.“, die es nachdruckt, dargestellt wurde, als habe Engel, wo die Sache kritisch geworden sei, sich entfernt. Gerade umgekehrt ist es der Fall. Die Sorge mußte an erster Stelle nun den Verwundeten und dem Toten zugewendet werden. Nachdem der Tatbestand über den Toten festgestellt, wurde derselbe auf Veranlassung Engels in das in der Nähe liegende Streiklokal getragen, wo die Streikenden die Totenwache übernahmen. Der Schwerverwundete wurde in seine Wohnung gebracht. Die Frauen beider Kollegen sehen ihrer baldigen Niederkunft entgegen. Das Gebahren der Firma zeigte sich in diesem kritischen Moment in seiner ganzen Rücksichtslosigkeit. Die Bitte, eine Lampe oder Laterne zu geben, damit den Getroffenen besser Hilfe gewährt werden könne, wurde abgelehnt.

Unverständlicherweise schritten die Gendarmen auch jetzt noch nicht zur Verhaftung der Täter. Erst auf das energische Auftreten unseres Beamten, welcher auf die Fluchtmöglichkeit hinwies, schickte man sich dazu an, den Portier Biehl und Werkmeister Fühlers des Nachts um 2 Uhr zu verhaften. Damit war wenigstens in Etwa dem verletzten Nachtschichtarbeiter des Volkes Rechnung getragen. Wäre Fühler früher zur Rechenschaft gezogen und in seine Schranken zurückgewiesen worden, wäre das ganze unglückselige Vorwissen nicht zu verzeichnen gewesen. Der erschossene Gnoli wurde, wie es heißt, auf Veranlassung des Staatsanwalts Samstag Nacht in aller Stille beerdigt, angeblich um größere Demonstrationen zu verhindern. Daß der Staatsanwalt über den Leichnam eines hingerichteten Verbrechers verfügen kann, ist uns einleuchtend; aber über die Leiche eines ehrlich Verstorbenen, dessen Todesursache unzweifelhaft feststeht, haben unjeres Erachtens allein die Familienangehörigen zu verfügen. Ob Freunde und Bekannte einem Verstorbenen die letzte Ehre erweisen und mit zu Grabe gehen, dürfte doch wohl ihre Sache und nicht die der Behörde sein. Andererseits dürfte auch noch so viel Polizeiaufgebot auszubringen sein, um ein Dörfchen von 800 Einwohnern in Ordnung zu halten. Wie sollte es denn in Großstädten ausfallen?

Die geheime Beerdigung des Gnoli wirkte alles andere als beruhigend. Demovors zeigten sich die von außerhalb kommenden Arbeiter und Italiener über die Veranlassung aufgebracht. Da des Samstags abends auf neue Umstände beschränkt

wurden, wurde über Rheinfelden der Belagerungszustand verhängt. Alle Wirtschaften mußten um acht Uhr geschlossen sein, Versammlungen durften nicht stattfinden. Die Erlaubnis, daß das Streikbüro nicht geschlossen, damit so die Streikenden zusammen gehalten werden konnten, wurde bewilligt. Überall an Mauern und Telegraphenstangen prangten gedruckte Aufrufe und behördliche Bekanntmachungen, worin die §§ 113-116 und 124-130 des Reichsstrafgesetzbuches betreffs Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung und des Landfriedensbruches bekannt gegeben wurden.

Ein Aufgebot von zirka 40 Gendarmen aus der Umgegend wurde requiriert, aber diese schien man noch nicht für genügend zu halten zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Gerüchte wurden verbreitet, daß am Sonntag große Haufen Italiener über die Grenze kommen würden, um den Tod ihres Landmannes zu rächen. Zu diesem Vandalen-Aufgebot rückte am Sonntag den 15. früh die 7. Kompanie des Infanterieregimentes Nr. 167 aus Konstanz in kriegsmäßiger Ausrüstung mit drei Maschinengewehren ein. Starke Posten mit ausgeplantem Seitengewehr besetzten die Zugänge zu den beiden Rheinbrücken, den Bahnhof, die Fabrik sowie sonstige Zugänge zu dem Orte. Die Herren Offiziere hatten teilweise ihren Standort auf der Höhe des Wasserturmes eingenommen, das Fernglas ab und zu in die Hand nehmend, und nach dem rückwärtigen „Feind“ auspähen. Unbefugten wurde der Zugang zu Rheinfelden verweigert. Der ganze Ort hatte plötzlich das Aussehen eines kleinen Kriegslagers erhalten. Der Sonntag verlief aber in allen Teilen ruhig; weder Soldaten noch Polizei hatten Grund, irgendwie einzuschreiten. Wo sich Menschenmassen ansammelten, gelang es den Gewerkschaftssekretären Engel, Kammerer und Kieser, letztere vom christlichen Textilarbeiterverband, zum Auseinandergehen zu bewegen.

Sonntag gegen 9 Uhr wurden Einigungsverhandlungen eingeleitet. Es nahmen daran teil Landeskommissar Dr. Straub von Konstanz, Oberamtmann Röpferer von Säckingen, Bürgermeister Säger-Rheinfelden-Rollingen und Fabrikinspektor Witzmann von Karlsruhe. Der Generaldirektor Oberst Dr. Schindler in Neuhausen glaubte den Herren nochmals die Antwort geben zu dürfen; er könne nicht kommen, da er im Begriff sei, eine Erholungsreise mit seiner Familie anzutreten. Die Antwort deutscherseits soll dem Vernehmen nach gelautet haben: Wenn der Herr Generaldirektor nicht unverzüglich im Laufe des Nachmittags herüberkomme, würde das Militär zurückgezogen und die Fabrik möge sehen, wie sie fertig werde. Dies wirkte. Daraufhin trat der Generaldirektor in Rheinfelden ein. Dieses Vorkommnis beweist, daß es auch noch Mittel gibt, sogenannten Herrenmenschen zum Bewußtsein zu bringen, daß ihre vermeintliche Macht eine leere Fohanz ist, die nur so lange vorhält, als die staatliche Macht dahinter steht.

Die oben genannten Herren übernahmen die Vermittlerrolle zwischen den Arbeitern einerseits und der Firma andererseits. Da die Generaldirektion es absolut ablehnte, mit Vertretern der Organisation oder den Arbeitern zu verhandeln, erklärten sich letztere dazu bereit, in dieser kritischen Situation die Einigung nicht daran scheitern zu lassen. Gegen 8 Uhr abends war die Vermittlerkonferenz zu Ende und die Herren kamen in Begleitung eines Gendarmerevierwachtmeisters ins Streiklokal, um der Streikkommission das Resultat zu unterbreiten. Nach weiterer einstündiger Verhandlung konnte den Streikenden folgende Punkte als Einigungsbedingungen vorgelegt werden:

1. Die Feuerungszulage von 20 Pf. pro Tag wird garantiert.
2. Es wird ein Arbeiterausschuß gebildet, wozu 2/3 die Arbeiter und 1/3 die Firma Vertreter entsendet. Innerhalb drei Tagen soll derselbe gebildet werden.
3. Eine Lohnerhöhung von 10 Prozent wird zugestanden. Nähere Einzelheiten soll der Arbeiterausschuß mit der Firma vereinbaren. Spätestens bis zum 15. September soll dieselbe geregelt sein.
4. Die zuletzt eingestellten Arbeitswilligen werden von der Firma wieder entlassen.
5. Sämtliche Streikende werden wieder eingestellt, mit Ausnahme solcher, welche als Rädelsführer des Landfriedensbruchs schuldig befunden werden.
6. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation finden nicht statt.
7. Die Streikenden verpflichten sich, gegen frühere Arbeitswillige oder Meister sich ruhig zu verhalten; ebenso darf den Streikenden wegen des Streiks nichts in den Weg gelegt werden. Wer hiergegen verstößt, sei es Meister oder Arbeiter, wird entlassen.
8. Die Streikenden erklären, daß sie die Arbeit sofort wieder aufzunehmen bereit sind.

Nach eingehender Beratung, welche sich bis gegen 11 Uhr hinzog, haben sämtliche Streikenden sich einstimmig dafür erklärt. Einige sozialdemokratisch organisierte Arbeiter suchten die Streikenden aufzuheizen und zur Fortführung des Streiks zu veranlassen. Ein Herr Goll, angeblich sozialdemokratisch von Vörsch, forderte die Streikenden auf, die Arbeit

nicht anzunehmen, ebenso ein gewisser Bierlinger von Rheinfelden. Die Streikenden wiesen aber den unerbetenen Ratgebern die Tür.

Vor dem Saal hatte sich ebenfalls eine große Menschenmasse angeammelt, welche in obigem Sinne bearbeitet waren. Als Engel, Kieser und Kammerer aus dem Lokal traten, wurden sie angepöbel, einige Kaufbolde drohten, sie über den Haufen zu stechen. Sie waren gezwungen, den Schuß der Gendarmen in Anspruch zu nehmen.

Am Montag morgen wurden die Arbeitswilligen durch Militär zum Bahnhof geleitet und abgeschoben. Ruhe wie Fort mit dem Gesindel! wurden laut.

Am Dienstag den 17. wurde die Arbeit wieder aufgenommen und geht jetzt alles wieder den gewohnten Gang. Wir wollen wünschen, daß beide Teile ihr Versprechen treu halten, dann wird Rheinfelden vor gleichen aufgeregten Tagen verschont bleiben.

Hoffentlich lernt auch die Direktion im Laufe der Zeit sich mit der Organisation abzufinden, war es doch ein Beamter des Wertes selbst, der einen unserer einflussreichsten Kollegen ersuchte, dafür zu sorgen, daß Ruhe und Frieden gewahrt bleiben. Es soll hier auch nicht unerwähnt bleiben, wie es allseitig, auch von den Gendarmen und Polizeiorganen anerkannt wurde, daß die Gewerkschaftsbeamten an erster Stelle viel zur Ruhe und Ordnung beigetragen haben.

In der sozialdemokratischen Presse von Karlsruhe wurde die Sache so dargestellt, als sei der Tumult gegen die Fabrik nur von italienischen Arbeitern ausgeführt worden. Dieser Denunziation ist es wohl indirekt zuzuschreiben, daß bis jetzt 10 bis 12 Italiener in Haft genommen wurden. Ob ihnen etwas zur Last gelegt werden kann, muß die Untersuchung ergeben. Die nötigen Schritte zu ihrer Verteidigung sind unsererseits schon eingeleitet und Rechtsanwält Murb von Säckingen damit betraut. Inzwischen ist wieder eine Anzahl aus dem Gefängnis entlassen.

Am meisten bedauerlich bleibt, daß Menschenleben dabei verloren gingen. Es handelt sich jetzt darum, die Wunden, welche geschlagen wurden, zu heilen. Soweit die pekuniäre Seite in Frage kommt, werden die Betroffenen nicht verlassen dastehen; wir hoffen, daß alle Kollegen ihrerseits gern ein Scherflein dazu beitragen werden. Mögen die Lehren dieses Streiks allseitig zur Lehre dienen. Der Leitung der Aluminiumwerke kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie durch ihr schroffes ablehnendes Verhalten den größten Teil der Schuld zu verantworten hat.

Die Arbeiter aber mögen daraus lernen, die Organisation mehr auszubauen und zu befestigen; mehr gewerkschaftliche Schulung und Solidarität sich anzueignen. Dann wird in Zukunft das Heer der Arbeitswilligen nicht mehr in solcher Weise zur Verfügung stehen und Vorkommnisse wie in Rheinfelden nicht mehr zu verzeichnen sein.

Sozialdemokratische Unehrlichkeit.

Die sozialdemokratischen Geister groß und klein glauben, die Zeit sei wieder einmal gekommen, wo sie die christlichen Gewerkschaften aus der Welt schaffen könnten. Wo alle heulen, um Verwirrung anzurichten, in der Hoffnung, daß die Arbeiter nicht denken, will auch die „Metallarbeiter-Ztg.“ nicht sämweigen. Der eigene Dalles in der Kasse des roten Metallarbeiterverbandes, die Prügel, die ihm zuteil werden wegen der Majoritätsabstimmung, sollen die Genossen vergessen über den Kummel der Finanzreform. In Danzig prügelte die unzufriedenen Streikenden den Beamten Paul Fringel vom Deutschen Metallarbeiterverband durch, weil er kein Geld schaffen konnte. Berlin rumpert einmal wieder infolge des Schlosserstreiks. Und erst in Magdeburg, da liefern die Genossen vom Deutschen Metallarbeiterverband ein neues Stettin und Mannheim! Da tut Hilfe not und die soll die Finanzreform bringen.

Wir haben in der Nummer 31 schon einmal geschrieben, daß die christlichen Gewerkschaften nicht für die Reichsfinanzreform verantwortlich zu machen sind, da sie mit der Politik nichts zu tun haben. Auch Kollege Stegerwald hat sich auf dem 7. Kongress in Köln in diesem Sinne ausgesprochen. Trotzdem seht die „Metallarbeiter-Ztg.“ der Unehrlichkeit gegen uns die Krone auf, indem sie in der Nr. 34 schreibt von: „Der Wanderschaft des arbeitenden Volkes durch den Schnapsblock, dessen Tun die Christlichen von maßgebender Stelle, von ihrem liebsten Gewerkschaftskongress aus gesegnet haben“. Höher geht's nimmer!

In einem zweiten Artikel in derselben Nummer wird einmal wieder ein Glaubensbekenntnis an die sozialdemokratische Partei abgelegt durch die Worte: „Die logische Schlussfolgerung konnte doch nur die Stärkung der sozialdemokratischen Partei sein, in der solche Konflikte keine Statt haben“. Die denkenden Arbeiter, besonders die christlichen, wissen die Sel-

dentaten der sozialdemokratischen Partei sehr richtig einzuschätzen.

Gerade den Gewerkschaftler muß eine Partei mit Abscheu erfüllen, die aus rein agitatorischen Gründen gegen das Krankenversicherungsgesetz (1883); gegen das Unfallversicherungsgesetz (1884); gegen die Invaliden- und Altersversicherung (1889) sowie gegen das Gewerbevertragsgesetz (1890) gestimmt hat. Eine Politik der Rindsköpfe, wie ein sozialdemokratischer Führer einmal im ehrlichen Nuwollen von seinen eigenen Genossen sagte, ist das ewige Verneinen. Umso weniger haben die Sozialdemokraten Grund, sich jetzt zu entristen, wenn man bedenkt, daß die sozialdemokratische Partei das Kapital oft in Sch... (1881); gegen die Versteuerung der Wetteinsätze bei Rennen (1900); gegen die Champagnersteuer (1902) und wiederum gegen die Schaumweinsteuer (1909).

Wir wollen gemäß nicht eine beliebige Steuerpolitik gutheißen und unser Verbandsvorsitzender Wieder hat auf dem Kongress in Wien erklärt: daß die Belastungsproben bei der arbeitenden Bevölkerung nicht überspannt werden dürfen.

Wenn wir insoweit auf die... (gegenwärtigen sozialdemokratischen) dah eingehen, um Aufklärung zu schaffen, ohne die Finanzreform in allen Phasen verteiligen zu wollen, dann ist die Frage berechtigt, stehen wir deutsche Arbeiter denn wirklich schlechter als unsere Brüder in einem Staate, wo die Sozialdemokraten die Hauptrolle spielen? Die Statistik zeigt uns folgendes Bild: In Deutschland betragen die Besitzsteuern 1907 auf den Kopf der Bevölkerung: 29,17 Mk., die Verbrauchssteuern: 19,00 Mk. Täggen hat Frankreich 1908 an Besitzsteuern 40,10 und Verbrauchssteuern sogar 42,60 Mk. aufbringen müssen. In dem teilweise sozialistisch regierten Frankreich sind die Verbrauchssteuern also noch höher wie die Besitzsteuern. Wenn wir die neuen Verbrauchssteuern; die uns die Finanzreform bringen wird, mit fünf Mark auf den Kopf dazu rechnen; dann stehen wir mit 24 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung gegen 42,60 Mk. in Frankreich noch günstig. Auch England, das Land des Freihandels, hat 10 Mk. mehr Verbrauchssteuern als Deutschland, trotz der Finanzreform. Selbst Amerika mit 30,40 Mark pro Kopf der Bevölkerung steht mit den Verbrauchssteuern über Deutschland.

Für uns Arbeiter liegt hier, abgesehen von der ideellen Seite, die uns auf ewig von der Sozialdemokratie trennt, die Frage nahe, was bieten uns die Freunde der roten Partei? Auf sozialpolitischem Gebiete nichts als verneinende Rindskopfpolitik. In wirtschaftlicher Beziehung, das zeigt Frankreich; stehen die Geldsackleute trotz der starken Sozialdemokratie in ihren Abgaben hinter dem „armen, küngrigen, ausgebeuteten“ Arbeiter. Dann wollen wir es auch offen aussprechen: Wenn wir vom Staate Erfüllung unserer Wünsche fordern, müssen wir dem Staate auch die nötigen Mittel dazu bewilligen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Verteilung der Lasten in Deutschland eine absolut richtige ist.

Wie unehrlich die Gegner im roten Lager aber gegen unsere Führer und gegen die christliche Bewegung kämpfen, beweist folgendes: Schiffer, der Vorsitzende des Gesamtverbandes, hat in seiner Eigenschaft als Abgeordneter gegen Erhöhung des Kaffeepolles, gegen die Zündholzsteuer, gegen die Mülheumfasssteuer; aber für die Besitzsteuern auf das mobile und immobiler Kapital gestimmt. Trotz dieser Tatsache, die den Sozialdemokraten bekannt ist, wird Schiffer in der pöbelhaftesten Weise angegriffen.

Auch unser Verbandsvorsitzender Wieder soll herhalten in diesem Kampf, und höhnisch schreibt die rote Bergarbeiterzeitung: „Herr Wieder hat sich völlig unter das Zentrumsjoch gebeugt. Hoffentlich wird auch er dafür mit einem Reichstags- und Landtagsmandat von Zentrumsgründen beehrt.“ Einen Mann wie Wieder, der den Beweis nicht mehr zu erbringen braucht, daß ihm die Arbeitersache heilig ist, treffen die Anrempelungen der sozialdemokratischen Presse nicht. Auch braucht Wieder nicht zu liebäugeln um ein Mandat zum Reichstag; das ist ihm mehr wie einmal angeboten worden.

Kollegen von Mah und Fern! Unser ganzer Kampf und unsere Arbeit gilt nur der uns heiligsten Sache der christlichen Gewerkschaften. Die Gegner wissen, daß heute den christlichen Arbeitern nicht mehr bei zu kommen ist; darum die Herbeizerrung aller Gelegenheiten, um gegen uns zu wüten. Wenn wir uns heute mit Recht darüber beschweren, daß dem Arbeiterstand im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben der Platz nicht eingeräumt wird; der ihm von rechts wegen zukommt; so ist daran in erster Linie die Sozialdemokratie mit ihrer unbernünftigen Absonderungs politik schuld. Wir fühlen uns als Teil des großen Staatsganzen und wünschen, als Staatsbürger angesprochen zu werden. Die Sozialdemokratie dagegen reißt die Arbeiter heraus aus den bürgerlichen Parteien und bildet eine einseitige Klassenpartei. Statt eine vernünftige Durchdringungspolitik zu treiben in den bürgerlichen Parteien, dort unsere gerechten Forderungen Geltung zu verschaffen, hemmt sie uns als die „Elenden, Hungerigen, Armen, Ausgebeuteten“.

Mit Jammern und Wehklagen, mit Schimpfen und Toben läßt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht aus den Angeln heben. Das wissen die gemäßigten Sozialdemokraten wie Bernstein, Legien und andere, und weil sie den Mut haben, so wie wir es zu sagen, darum schimpfen die um Rosa Luxemburg zu allen Zeiten auf sie.

Wir wollen die Politik haben, die sich für Männer gebührt. Wenn heute in der Politik die Stimme der Arbeiter so wenig gehört wird, dann ist die Sozialdemokratie an erster Stelle daran schuld. Wer den Glauben erweckt, daß er nur niedere reißt; aber nicht aufbauen will, der wird in einem geordneten Gemeinwesen nicht ernst genommen. Das ver schuldet die Sozialdemokratie mit ihrer Rindskopfpolitik.

Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer schrieb den sozialdemokratischen Politikern ins Stammbuch, daß sie durch ihre Taten den Arbeitern noch keine 5 Pf. Lohnhöhung und keine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung errungen hätten. Treffender können wir die Politik der Sozialdemokraten nicht ins rechte Licht rücken.

Kollegen, christliche Arbeiter, wir wollen unsere Reihen stärken, Massen sammeln in den christlichen Gewerkschaften und positive Arbeit leisten zum Wohle des arbeitenden Standes. In dem Maße, wie wir verstehen, uns als gleichberechtigte Staatsbürger in der Gesellschaft zu betätigen, wird auch unser Einfluß steigen. Wir werden vorwärts schreiten, trotz Sozialdemokratie und deren verfolgte Kampfesweise. Auch wird unser Einfluß in der Öffentlichkeit gegenüber den Behörden und den bürgerlichen Parteien hierdurch eher steigen, als durch die Schimpfpolitik der Sozialdemokratie. Einen glänzenden Beweis hierfür hat der 7. Kongress der christlichen Gewerkschaften in Wien erbracht. Darum, Verbandstollegen, treu zur Fahne gehalten und frisch ans Werk, dann wird die kommende Zeit unsere Arbeit lohnen.

Nach Stettin ein Mannheim, dann ein Magdeburg.

Am Freitag, den 13. August fand in Magdeburg eine Branchenversammlung der Formner und Gießereiarbeiter Magdeburgs statt, die einen stürmischen Verlauf nahm, und in welcher die schwersten Vorwürfe gegen den 1. Bevollmächtigten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Brandes, und auch gegen Hähnzel, den 2. Beamten erhoben wurden.

Bei der Firma H. Wolf, der bekannten Lokomobilbauanstalt in Magdeburg-Vudau, sollte ein sozialdemokratisch organisierter Formner mit einem „Gelben“ zusammen arbeiten bzw. demselben bei der Arbeit helfen, was ersterer verweigerte, daher wurde er entlassen. Seitens des sozialdemokratischen Verbandes war früher beschlossen worden, daß kein Mitglied mit einem „Gelben“ zusammen arbeiten dürfe. Als nun in Ausführung dieses Beschlusses ein Formner entlassen wurde, legten die übrigen Formner die Arbeit nieder und verlangten Wiedereinstellung des Entlassenen. Die Verhandlungen verliefen erfolglos und auch die übrigen Gießereiarbeiter schlossen sich der Bewegung an.

Mittlerweile war es der Werkleitung gelungen, Arbeitswillige aus Tangermünde und Berlin zu gewinnen und sollten am Freitag bereits über 50 Mann im Betrieb sein. Die Werkleitung hatte den Streikenden dann geraten, die Arbeit wieder aufzunehmen, während sie früher einen andern Standpunkt eingenommen hatte. Am achten Tage des Streiks erklärte die Firma sich dazu bereit, jede Bevorzugung der Gelben zu unterlassen und verpflichtete sich, die Streikenden nach dem Dienstalter so einzustellen, wie noch Platz sei und in erster Linie die Verheirateten zu berücksichtigen. Der erst Entlassene wurde nicht wieder eingestellt und jedes Verhandeln über diese Forderung sei zwecklos. Am neunten Tage wurde zu diesen Vorschlägen der Firma Stellung genommen; bei der Abstimmung wurden 111 nein, 55 ja und ein unbeschriebener Zettel abgegeben. Darauf erklärte die Verwaltung den Streik für aufgehoben. Die Firma verlangte dann die schriftliche Erklärung der Kommission, daß der Streik aufgehoben sei, was abgelehnt wurde, nur 10 der Streikenden waren dafür, alle andern dagegen. Da aber die Werkleitung unter allen Umständen die Sache aus der Welt schaffen wollte, so sollte die Erklärung der Firma nochmals in einer Versammlung besprochen werden. Nun wurde dem Vorschlag der Firma einstimmig zugestimmt, der dahin ging, daß 35 Formner, 4 Verunmühter, 6 Fuher, 6 Hilfsarbeiter und 5 Schlosser überhaupt nicht wieder eingestellt werden sollten, und dazu geben die Streikenden ihre Zustimmung. Also um die Wiedereinstellung eines Formners zu erzwingen, wurde der Streik injiziert und nach knapp 8 Tagen veranlaßt die örtliche Werkleitung einen Beschluß, wonach der Streik aufgehoben wird und 56 Mann draußen bleiben! Ein Kommentar ist da wohl überflüssig.

Unter der Arbeiterschaft begann dann eine Erregung gegen die sozialdemokratische Verbandsleitung Platz zu greifen, die wohl begründet ist und verlangten die Streikenden über die Köpfe der Leitung, ja gegen deren Willen eine allgemeine Formnerversammlung, die am Freitag, den 13. August 1909 dann auch stattgefunden hat. Nachdem der Bevollmächtigte Brandes den Verlauf der Bewegung, oft unter großem Widerspruch der Versammelten kaum zu verstehen, geschildert hatte, wurde in der Diskussion von einem Redner hervorgehoben, um einen Mann seien sie rausgegangen und um sollten 80 Kollegen draußen bleiben, das ginge auf keinen Fall. Der Bevollmächtigte Brandes sei schuld an dem Beschluß, wieder anzufangen, Brandes hätte gesagt, mehr sei nicht rauszuholen, man müsse wieder in den Betrieb! Die eiaenen Kollegen verbreiteten unwahre Gerüchte! Der

2. Bevollmächtigte Hähnzel bittet die Diskussionsredner, doch in anbetragt der Gegner nicht solche Töne anzuschlagen und sich selbst zu zerfleischen, man mache sich vor der ganzen Welt lächerlich. Die Verwaltung denkt gar nicht daran, zu bremsen. Hieran erhob sich ein solches Hasso!, daß der Redner nicht mehr zu verstehen war. Ein weiterer Diskussionsredner wirt 2. andes vor, er hätte einem solchen Beschluß nicht zustimmen dürfen, vielmehr ihn veranlassen. In Zukunft solle Brandes den Verbands besser leiten und mit dem Gelbe besser verhalten. Ein weiterer Redner sagte: „Brandes hat uns in die Bude bei Wolf hineingeschickt, trotz der Gelben, wie stellt er sich jetzt? Brandes hebt uns immer erst empor, dann kommt er hinterher stets mit der Bremse. Die Beamten sitzen im Büro, kriegen ihren schmerzhaften Vast, die Linnens aushalten.“

Ein weiterer Redner: „Die Verwaltung hat vor Streikbrechern höflich Angst, erst hat Brandes abgeraten von einer Einigung, nachher sagt er, nun wirds Zeit und jagt uns in den Betrieb hinein. Die Rede hätte ich hören sollen von Brandes, kein Stein hätte widerstanden.“ (Als er für Wiederaufnahme der Arbeit eintrat.) „Brandes hat geschafft wie immer.“ Ein weiterer Redner sagt: „Brandes hat gestern morgen verschiedene Leute angehalten, die Unterstützung jiele nicht so hoch aus wie der Verdienst, sie müßten dann verbluten.“ Brandes: „Jeder mußte, was er bekam, die Neuzerung konnte also nichts mehr ändern.“ Ferner wurde von einem Formner behauptet, der Meister Schumm von der Firma Wolf und die Firma hätte ganz genau gewußt, daß aus der Bewegung nichts würde, der jetzige Meister Schumm habe vorher immer mit der Verwaltung des sozialdemokratischen Verbandes zusammengearbeitet, sei Vertrauensmann des Verbandes gewesen und habe sonstige Vertrauensämter bekleidet. Vor der Auszahlung der Unterstützung habe Brandes die Schelle hingeworfen, als die Streikenden die Bedingungen der Firma nicht annehmen wollten, und hätte gesagt: „Dann verblutet, in bezug auf die Unterstützung werdet ihr Euch wundern.“

Weiter wurde dem Beamten Brandes vorgeworfen, er habe den Teufel an die Wand gemalt, immer noch seien Parteimitglieder vorhanden, die ganze Schuld liege an der Leitung, man brauche sich daher nicht zu wundern, wenn 50 Kollegen unter schlechteren Bedingungen in den Betrieb hineingemüßten. Der Formner Ludwig erklärte: „Nach einem Stettin und einem Mannheim läme als drittes ein Magdeburg. Der Hauptvorstand von Stuttgart beschloße über die Köpfe der Mitglieder hinweg doch was er wollte. Brandes könne wohl Geste und Vergnügen vorbereiten, aber keinen Streik leiten.“ Dann wurden noch die Artikel in der sozialdemokratischen Volksstimme kritisiert, dort seien Phrasen, die nicht in die Tat umgesetzt werden könnten. Der 2. Beamte Hähnzel erklärte, bei Wolf seien außer 700 Gelben noch 400 Unorganisierte. Die eigenen Genossen, so erklärte Hähnzel, laufen am Tage mit dem Gelben aus einer Flasche und am Abend beschließen sie dann den Streik. Hähnzel will den Formnern die Torheit eines Sympathiestreiks ausreden und sagte, als er fortwährend unterbrochen wird, dann wörtlich: „Wenn einer mal eine andere Meinung hat, so seid doch mal 'n bißchen demokratisch, laßt aus mal eine andere Meinung aufkommen. Wegen der Gelben machen wir noch lange kein Stettin und Mannheim. Streiken Sie solange, bis Sie es satt haben.“ Es erhob sich nun ein minutenlanges Tumult. Der Beamte des christlichen Metallarbeiterverbandes, Buchner-Goslar, erklärte, daß der christliche Metallarbeiterverband jederzeit mit aller Energie die Interessen der Arbeiter wahrnehmen würde. Im übrigen bedaure er das Schauspiel, welches die heutige Versammlung dem Arbeitgebetum geboten habe. In den Streit zwischen den Mitgliedern und der Verbandsleitung wolle er sich nicht einlassen, aber wenn in den christlichen Gewerkschaften die Mitglieder ihre Beamten so behandelt würden, wie dies heute hier geschähe, so bliebe er nicht eine Stunde mehr Gewerkschaftsbeamter. Unter lebhaftem Beifall eines Teils der Versammlung schloß der Beamte des christl. Metallarbeiterverbandes seine Ausführungen, die von der stark besuchten Versammlung lautlos angehört wurden.

Es wurde dann über die beiden vorliegenden Anträge abgestimmt; der eine, worin den Streikenden die Sympathie aller Formner und Gießereiarbeiter Magdeburgs ausgedrückt wird, wurde einstimmig angenommen, während der andere, der für die Dauer der Bewegung einen Extrabeitrag von wöchentlich 1 Mark forderte, abgelehnt wurde. Nach einem Schlusswort von dem so arg bloßgestellten Brandes und worin er mit keinem Wort auf die gegen ihn erhobenen und ihm schwer belastenden Vorwürfe einging, wurde die stellenweise sehr stürmische Versammlung geschlossen.

Ueber diese Versammlung brachte nun die sozialdem. Magdeburger Volksstimme in Nr. 189 einen Bericht, der so recht die Verlegenheit der soziald. Verbandsleitung erkennen läßt. Mit 5 Zeilen ist die ganze stundenlange Diskussion erledigt, während den Ausführungen von Brandes über 70 Zeilen gewidmet werden. Fast kein Wort über die schweren Vorwürfe, die der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes gemacht wurden von den eigenen Mitgliedern. In Magdeburg zeigt es sich wieder, daß alle Schuld auf Erden sich rächt. Der christliche Metallarbeiterverband macht in Magdeburg erfreuliche Fortschritte. Dieser Fall beweist wieder, wie nötig der sozialdemokratische Metallarbeiterverband einen Disziplinar hat. Den möchte er sich jetzt juchen bei den christlichen Arbeitern unter Hervorsetzung der politischen Vorgänge. Der finanzielle Dales und die innere Bereicherung machen den soziald. Metallarbeiterverband zu einem Spottgebilde vor der ganzen Welt.

Arbeitererien.

Es darf wohl als eine trübselige Erscheinung auf dem Gebiete des sonst nicht immer schattenlosen Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern angesehen werden, daß die Erteilung eines mehr oder weniger langen Erholungsurlaubes an die Arbeiter in im-

bestimmten Betrieben in den letzten Jahren mehr und mehr an Verbreitung gewinnt. Allerdings sind die Fälle, wo ein solcher Urlaub tariflich festgelegt ist, w. z. B. im Brauereigewerbe oder wo er den Arbeitern auf Grund der Arbeitsordnung oder sonstiger verbindlicher Abmachungen zugestanden ist, noch verhältnismäßig gering. Doch lassen die letzten Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten, welche für das abgeschlossene Berichtsjahr 1908 eine Spezialerhebung über die Erstellung eines regelmäßigen Erholungsurlaubs unter Weiterzahlung des Lohnes oder unter Gewährung von Beihilfen veranstaltet haben, namentlich in den industriereichen Gegenden, weniger auf dem Lande, die Fortschritte einer Urlaubserteilung gegen früher deutlich erkennen.

Maßgebend für die Urlaubsgewährung sind, wie wir einer Abhandlung im Juniheft der „Sozialen Kultur“ (M. Glabbech, Volksvereins-Verlag) entnehmen, verschiedene Umstände. Meistens wird sie davon abhängig gemacht, daß der Arbeiter schon längere Zeit bei dem Unternehmer tätig ist; entsprechend seiner Erprobung wird dann die Dauer des Urlaubs erhöht. Andererseits wird auch ein entsprechendes Verdienst entsprechend belohnt, um so den übrigen Arbeitern einen Ansporn zu geben, sich auch hervorzuheben. Am verbreitetsten ist die Urlaubserteilung im Buchdruckergewerbe — hier aber fast nur in den größeren Städten — in der Reinigungs- und Bekleidungsindustrie (Konfektions- und Putzgeschäfte), der Nahrungsmittelindustrie und der Papierindustrie. Die Erklärung dafür ist hauptsächlich darin zu finden, daß diese Industriezweige im Sommer ihre stillere Zeit haben. Sie sind in der Lage, einen gewissen Prozentsatz ihrer Arbeitskräfte ohne jegliche Störung zu entbehren; ja es ist ihnen sogar vielfach angenehm, in dieser Zeit den Betrieb einschränken zu können, ohne bewährte Arbeiter entlassen zu müssen. Eine ständige Einrichtung bildet die Urlaubserteilung in den Eigenbetrieben vieler Städte und namentlich des Staates.

Die Erfahrungen solcher Arbeitgeber, die Arbeiterferien in ihren Betrieben eingeführt haben, sprechen für diese Einrichtung. Ausführlicher sprechen sich darüber die Berichtsersteller für die Bezirke Berlin und Düsseldorf aus. Nach Ansicht des erstern scheinen die Erfolge der Urlaube den Erwartungen vollumfänglich entsprochen zu haben. Mit Recht wird betont, wie die, wenn auch oft nur kurze Unterbrechung der unter eigenartigen Verhältnissen sich abspielenden großstädtischen Lebens- und Arbeitsweise auch auf den Arbeiter einen heilsamen Einfluß ausübe. Neben der gesundheitlichen Stärkung sei die geistige Auffrischung nicht hoch genug anzuschlagen. Das Leben unter veränderten Verhältnissen und der Verkehr mit anderen Menschen frische die geistige Spannkraft auf und hebe die Arbeitsfreudigkeit. Für die Arbeitgebererschaft ergibt sich insofern ein Nutzen, als nach Rückkehr vom Urlaube nach den Befundungen der Arbeitgeber selbst die Arbeiter nicht nur leistungsfähiger, sondern auch geistig reger seien und ihrem Berufe fruchtbarer nachgingen. Ferner sei beobachtet worden, daß in denjenigen Betrieben, die ihren Arbeitern Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewähren, so insbesondere in den Brauereien, der Arbeiterwechsel merklich nachgelassen habe. Ebenso schienen die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber dadurch günstig beeinflusst zu werden. „Die bisherigen guten Erfahrungen“, so schließt der Berliner Beamte, „die mit der Urlaubsbewilligung gemacht worden sind, lassen erhoffen, daß die erst in den Anfängen befindliche, immerhin schon über das Versuchsstadium hinausgelangte Bewegung weiter fortfortschreiten und sich auf alle Industriezweige ausdehnen wird.“

Ähnlich urteilt der Düsseldorfer Berichtsersteller, indem er ausführt: „Die mit der Urlaubsgewährung gemachten Erfahrungen sind durchweg günstig; die Arbeiter haben die Einrichtung begreiflicherweise überall lebhaft begrüßt, öfters auch dankbar anerkannt. In einzelnen Fällen wurde allerdings der Zweck, den Arbeitern eine wirkliche Erholung zu verschaffen, dadurch nicht erreicht, daß die Urlaubten während des Urlaubs anderweit Arbeit übernahmen, oder ihren Urlaub in ungeeigneter Weise verbrachten. Um dem entgegenzutreten, haben mehrere Arbeitgeber die ausdrückliche Bestimmung getroffen, daß während des Urlaubs keine Lohnarbeiten irgendwelcher Art verrichtet werden dürfen; andere bemühen sich in anerkannter Weise, ihren Angestellten die Wahl eines zu wirklicher Erholung geeigneten Ferienaufenthaltsorts zu erleichtern.“ Von mehreren Seiten wird berichtet, daß in Betrieben, in welchen Urlaubserteilung Sitte ist, für den Fall des Verzichtes auf diesen Urlaub der doppelte Lohn ausbezahlt wird. Diese Regelung entspricht unseres Erachtens nicht den Grundsätzen, die der Urlaubserteilung allgemein zu Grunde liegen und dem Zweck, der mit derselben doch erreicht werden soll.

Was nun die weitere Verbreitung der Sitte der Urlaubserteilung an Arbeiter anbelangt, so wird man zugeben müssen, daß sie im allgemeinen nur den kapitalistischen Arbeitgebern möglich und vielfach nur mit dem

sonstigen Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verbunden und von ihm abhängig ist. Daß im übrigen eine solche Urlaubserteilung nicht unwirtschaftlich auch vom Standpunkte des Arbeitgebers aus ist, dürfte aus den Ausführungen des Berliner Beamten hervorgehen. Und auch unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Urlaubsbewilligung jedenfalls erwägenswert.

Wüßelhafte persönliche Kampfesweise.

Die Geistesarmut im Hirsch-Dunderschen Lager sucht der „Regulator“ durch rüpelhafte persönliche Kampfesweise zu überkleistern. Jeder kleinliche persönliche Streit wird eifrig zusammengetragen und den Lesern als Geisteskost vorgesetzt, womit sie sich aber immer mehr auf den Hund arbeiten. Die großen Verluste selbst in der wirtschaftlichen Hochflut sollten dieser Organisation doch zeigen, daß mit persönlichen Anstrengungen keine Erfolge erzielt werden. Andererseits sind die Hirsch-Dunder die letzten, die ein Anrecht haben, den moralischen Sittenwächter zu spielen. Wer sich mit einer Erkelenschen Gaunertaktik abfinden kann, wie es im Hirsch-Dunderschen Lager geschehen, hat das Recht verwirrt, den gewerkschaftlichen Sittenwächter abzugeben.

In Nr. 34 des „Regulator“ wird wieder ein hübel Mistjauch über eine Reihe Kollegen auszusprühen versucht. An Kaiserbeul, Brodth, Wernerus, Franzen sucht ein Skribisag seinen Geifer zu verspritzen. Der „Regulator“ hält es nicht unter seiner Würde, Kaiserbeul, welcher zwar eines Delictes beschuldigt, worüber aber noch keine gerichtliche Entscheidung gefällt ist, zu verhöhnen. Jeder ehrenhafte Mensch hält in solchem Falle mit seinem Urteil zurück, bis ein Gerichtsbeschluß vorliegt. Anders die Herren vom „Regulator“. Ferner macht der Skribisag J. Sch. vieles Scheuß, weil Franzen mit 50 Mk. Geldstrafe belegt wurde und faßelt von Ehrabschneidung und Verleumdung.

Auch da läge es näher, wenn der „Regulator“ zunächst in seinen eigenen Reihen Umschau hielte. Wir wollen gar nicht zusammentragen, wieviel Verleumdungsstrafen im Hirsch-Dunderschen Lager vorliegen, so weit er niedrigen wird uns nicht über den Fall, wo der Redakteur und Vorsitzende des Verbandes Gleichauf mit zwei Monaten Gefängnis wegen Ehrabschneidung und Verleumdung bestraft wurde, haben der „Regulator“ und seine Schreiber doch hoffentlich noch nicht vergessen. Dann ärgert den „Regulator“, daß Franzen keine Gerichtskosten bezahlt, sondern dieselben auf den Kläger hängen geblieben sind. Letzteres tut uns nun außerordentlich leid. Auch daß sein Gehalt bei der Zentralleitung des Verbandes nicht mit Beschlagnahme versehen konnte, alldieweil Franzen von der Zentrale nicht befolgt wird. Aber ein Trost können wir dem „Regulator“ mitteilen: So viel uns bekannt, hat Franzen in letzter Zeit eine kleine Erbschaft angetreten, und so werden die Hirsch-Dunder für dieses Mal die Freude haben, die Kosten nicht selbst bezahlen zu müssen.

Versehnungen von Beamten sind für uns Vorkommnisse von so geringfügiger Natur, daß wir davon aus anderen Verbänden grundsätzlich keine Notiz nehmen. Anders der „Regulator“. Der weiß seinen Lesern auch die gewaltige Neugierde zu berichten, daß Franzen nach dem Saarrevier versetzt werden soll. Leider auch diese Freude können wir dem guten J. Sch. nicht machen, er wird sich nach wie vor mit demselben herumärgern müssen.

Wernerus soll seine Schulden nicht bezahlt haben und wegen Offenbarungseid verhaftet worden sein usw. Daraufhin wurde dem „Regulator“ folgende Verichtigung zugesandt:

Duisburg, den 20. August 1909.

An die Redaktion des „Der Regulator“
Berlin.

In der Nummer 34 Ihrer Zeitung vom 20. August bringen Sie einen Artikel unter der Ueberschrift: „Verleumdung und Ehrabschneidung“, der inbezug auf meine Person unwahre Angaben enthält. Bezugsnehmend auf § 11 des Preßgesetzes fordere ich Sie auf, in der nächsten Nummer Ihres Blattes folgende Verichtigung aufzunehmen:

Verichtigung.

1. Es ist unwahr, daß ich verhaftet worden bin, um den Offenbarungseid zu leisten. Wahr ist dagegen, daß der Haftbefehl nur ausgesprochen wurde und ich den Eid dann geleistet habe.

2. Es ist unwahr, daß ich meine Schulden nicht bezahlen kann. Die eingeklagte Summe von 9 Mark, für die ich den Offenbarungseid leistete, war laut wiedererfundener Quittung schon vorher bezahlt. Bis heute bin ich keinem einen Pfennig schuldig geblieben.

Doehardt Wernerus,
Gewerkschaftssekretär.

Auch „Der Gewerbeverein“, das Zentralblatt der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, ein gleich armes Geistesprodukt wie der „Regulator“, sucht ein bisschen Spiritus im Kampfe gegen unseren Verband zu verpuffen. Unter dem Titel „Christliches Durcheinander in Saarabien“ faßelt derselbe von 10000 christlich organisierten Metallarbeitern, welche als vorhanden angegeben werden seien, von verlorenen Streiks usw. Zu diesem Schwindel können wir nur bemerken, daß wir nie von 10000, sondern nur von 3000 geschrieben und berichtet haben, welche sich

damals bei dem großen Durbacher Streik unserm Verbands angeschlossen. Wenn heute ein großer Teil nicht mehr vorhanden ist, so ist es nur dem geradezu brutalen Vorgehen der dortigen Hüttengewaltigen zuzuschreiben. Wie wurden die Leute bestialisch, gemahregelt, mit allen Mitteln aus dem Verband herausgepreßt. Hunderttausende von Mark wurden unter diejenige geworfen, welche sich herbeiließen, ihre Organisation zu verleugnen und preiszugeben. Wenn ein Arbeiter- und Gewerkschaftsblatt wie „Der Gewerbeverein“ darüber noch höhnen und seine Mandatglossen machen kann, so zeigt er sich nur als Handlanger der Hüttengewaltigen. Die Hüttenarbeiter des Saarreviers werden sich dieses hoffentlich merken und solchen falschen Freunden zu gelegener Zeit die verdiente Antwort erteilen.

Die Bezirkskonferenz des mitteldeutschen Agitationsbezirks

II.

Auch die Ortsgruppe Kstfeld, deren Mitglieder sich fast ausschließlich auf der sozialistischen Hütte Herzog-Fulda-Hütte in Arbeit befinden, hat in der Berichtszeit recht oft Veranlassung nehmen müssen, mit schriftlichen Eingaben und Beschwerden an die Bezirksverwaltung heranzutreten.

In einer Eingabe vom 26. März 1908 hatten wir dem Bezirksdirektor folgende Wünsche der Handwerker unterbreitet: 1. Herabsetzung der Schichtdauer auf 10 Stunden, von morgens 6 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. 2. Als Pausen mögen morgens eine halbe und mittags eine Stunde vorgesehen werden. 3. Wünschen die Handwerker, daß ihnen das Handwerkszeug, das sie bisher auf eigene Kosten beschaffen mußten, von der Verwaltung gestellt oder aber daß eine angemessene Entschädigung bezahlt wird. Eine weitere Eingabe vom demselben Tage betraf die Verhältnisse der Diensteute und wurden folgende Anträge gestellt:

1. Wegfall der 16stündigen Wechschicht.
2. Der durch den Schichtenausfall dann entstehende Minderdienst durch eine entsprechende Lohnzulage auszugleichen.
3. Die ältesten 2. Diensteute unten zu beschäftigen.
4. Die 3. Diensteute mit den 2. Diensteuten im Lohn gleichzustellen.
5. Die Leute von kaltgestellten Oefen sollen bei Lohnarbeiten ihren sonst verdienten Lohn erhalten.
6. An dem 3. hohen christlichen Festen möge der Betrieb ruhen.

Gleichzeitig wurde der Wunsch ausgesprochen, bei Beratung dieser Anträge Leute aus den betreffenden Betrieben mit Heranzuziehen.

Auf diese Eingabe erfolgte ein teils ablehnender oder überhaupt kein Bescheid, so daß wir am 19. Juni 1908 uns mit dieser Eingabe an das königliche Oberbergamt zu Clausthal wandten und um eine Prüfung der geäußerten Wünsche ersuchten. Ueber dem 6. August traf dann die Antwort des Oberbergamts und der Herzoglich-braunschweigisch-lüneburgischen Kammer ein, die besagte daß über verschiedene in der Eingabe dargelegte Punkte schon verhandelt sei, sie es im übrigen aber ablehnten, mit Dritten, außerhalb des Betriebes stehenden Personen über diese Dinge zu verhandeln. Dazu sei bemerkt, daß die 16stündige Wechschicht beseitigt und statt dessen die 12stündige Wechschicht eingeführt wurde.

Am 14. April 1908 wurde die Bezirksverwaltung gebeten, folgende Wünsche zu prüfen:

1. Es wird von den Arbeitern der 2. Röstung gewünscht, daß höchsten vier Mann auf einer Seite arbeiten, da sonst zuviel Staub sich entwickelt.
2. wird gebeten, genügend Türen in dem Schuppen anzubringen, damit Luft in ausreichender Menge zugeführt werden kann;
3. daß die Feuer nicht zu hoch getrieben werden;
4. wenn die Feuer zu heiß sind, einen Mindestlohn von 4 Mark bei Alfordarbeit zuzusichern;
5. Allgemein wird eine anderweitige Regelung des Schichtlohnakkords der Hofarbeiter gewünscht.
6. Die Arbeiter der Vitriolhütte bitten um Einführung der achtstündigen Schicht.

Unter dem 10. Mai 1908 wurde noch folgendes der Bezirksdirektion im Auftrage der Schmelzhüttenarbeiter unterbreitet:

Um für die 16stündige Sonntagschicht in etwa eine Erleichterung zu schaffen, wird gebeten, daß Sonntags der zweite Mann wieder vor jeden Ofen gestellt wird.

Des weiteren wird gebeten, den 3. Mann mit dem 2. Mann im Lohn gleichzustellen, die älteren Leute der Reihe nach dem Dienstalter unten vor dem Ofen zu beschäftigen und die eingeschobenen Leute möglichst auf den Beschäftigungshöhen zu beschäftigen.

Als letzten bringenden Wunsch bitten die in Frage kommenden Arbeiter, daß bei einer mündlichen Aussprache folgende Leute hinzugezogen werden:

1. Christian Fride, Knappschäftältester.
2. G. Knode III. 3. Friedrich Raimer, Hüttenleute.

Hierzu muß bemerkt werden, daß, trotzdem obige Vorschläge gemacht worden waren, die Bezirksleitung aber nicht die namhaft gemachten Personen zu den Beratungen hinzugezogen hat, was denn auch zu einer Auseinandersetzung in der Presse zwischen der Bezirksleitung und der Bezirksdirektion führte. Da die Kollegen noch fortgesetzt Grund zu Klagen hatten, so ersuchte die Bezirksleitung durch ein Schreiben

vom 21. Oktober den Werksdirektor um eine Unterbrechung, die dann am 30. Oktober stattfand, hat im Besonderen des Aufsehers Hofe. Gleich zu Anfang erklärte Herr Berggrat Strub, daß er über Betriebsverhältnisse, und als solche sehe er die Angelegenheit der unteren Vitriolhüttenarbeiter an, in keine Erörterung eintreten könne. Er ginge nur aus Höflichkeit dem Bezirksleiter gegenüber auf solche Fragen ein, denn die Arbeiter könnten ihre Wünsche den Aufsehern oder ihm selbst unterbreiten, die dann auch, wenn es möglich wäre, erfüllt würden. Die Löhne, die jetzt gezahlt würden, so erklärte der Herr Berggrat weiter, seien für einen kapitalistischen Betrieb angesichts der Konjunktur verhältnismäßig hoch! — Bezüglich der Organisation äußerte er, daß er keinem Arbeiter verwehre, sich zu organisieren. Seitens des Bezirksleiters wurde dann darauf hingewiesen, daß es die Arbeiterschaft unangenehm berühre, wenn der Werksleiter sich um die Gründung und das Emporbringen des sogenannten „Werksvereins“ so sehr bemühe. Der Herr Berggrat meinte, er könne doch einen beliebigen Verein fördern, das könne ihm niemand verwehren, worauf der Unterfertigte erklärte, das bestreite ihm niemand, nur wünschten wir, daß sich die Werksverwaltung neutral verhalten möge. Nach längerem Hin- und Herreden meinte der Herr Berggrat schließlich, zufrieden würden die Arbeiter ja doch nie! Diese Erscheinung soll aber nicht nur bei den Arbeitern sich zeigen, man denke da nur an gewisse Staatsbeamte!

Im Dezember 1908 wurde dann Stellung genommen zu den Verhältnissen in der knappschaftlichen Krankenkasse der Herzog-Julius- und Frau Sophienhütte, es wurde den Knappschaftsältesten eine Eingabe übermittelt, die folgende Hauptforderungen enthielt: Auch den Familienangehörigen der Rassenmitglieder freie ärztliche Behandlung zu gewähren, eine beschränkte freie Arztwahl einzuführen, das Zuziehen von Spezialärzten zu gestatten und die Beschaffung von Heilmitteln, Bandagen usw. einem Versicherungsamt aus Langelsheim und Goslar zu übertragen. Auch erklärten sich die Mitglieder bereit, einer evtl. geringen Erhöhung der Beiträge zuzustimmen, wenn die Anträge Annahme finden würden.

Die ersten beiden Punkte sind seitens des Massenverbandes abgelehnt worden, die letzten wurden angenommen. Außerdem mußte mit dem Rittergut Ostfeld in einen nochmaligen Schriftwechsel eingetreten werden, weil man einen Entschädigungsanspruch eines Kollegen nicht anerkennen wollte, doch konnten wir dem Kollegen zu seinem Rechte verhelfen, es handelte sich um rund 90 Mark.

Endlich machte die Kündigung eines Kollegen seitens der Verwaltung der Juliushütte eine Stellungnahme unserer Ortsverwaltung Ostfeld notwendig. Da die Werksleitung auf ihrem Standpunkte verharrte, so wurde unter dem 14. Juni 1909 eine längere Beschwerde an die Direktorialbehörde gerichtet, auf welche zur Zeit noch keine Antwort vorliegt. Auch hier könnte sehr vieles besser sein, wenn nur die Hüttenleute einig und geschlossen in der Organisation zusammenstünden und mit aller Kraft an dem Ausbau des Verbandes mitarbeiten wollten.

Die für die Juliushütter Belegschaft geltenden Eingaben gelten auch für die Belegschaft der Sophienhütte, da der Werksdirektor der Juliushütte auch zugleich Direktor der Sophienhütte ist, deren Belegschaftsmitglieder meistens der Ortsgruppe Langelsheim angehören.

Sehr große Aufmerksamkeit erforderte auch die Ortsgruppe zu Altenau i. S. Die Verhältnisse dort sind wohl mit die Bedauerlichsten, die im Harz anzutreffen sind. Schon bald nach Gründung der Ortsgruppe wurde versucht, eine Verbesserung durchzuführen. Für verschiedene Gruppen wurde zunächst eine Zulage von 10 Pf. pro Tag erreicht. Sodann wurde seitens der Bezirksleitung versucht, mit dem Herrn Werksdirektor über verschiedene Wünsche der Arbeiterschaft Rücksprache zu nehmen. Seitens der Werksleitung wurde eine mündliche Aussprache abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß auf dem Hüttenwerk Altenau sogenannte Vertrauensmänner gewählt seien, die derartige Wünsche der Belegschaft vorzutragen hätten. Es wurde dann beschlossen, in einer Eingabe an das Oberbergamt zu Clausthal die Sache weiter zu verfolgen, das Oberbergamt antwortete dann, daß die von der Bezirksleitung festgestellten Durchschnittslöhne von den amtlich ermittelten Zahlen abwichen und durchweg zu niedrig angegeben seien. Auf das Ansuchen der Bezirksleitung, die amtlich ermittelten Ziffern uns mitzuteilen, erfolgte bezeichnenderweise keine Antwort. Andernfalls hätte das königliche Oberbergamt zweifellos zugestehen müssen, daß die Differenz zwischen den von uns angegebenen und den von der Behörde amtlich ermittelten Lohnziffern höchstens Pfennige betragen und angesichts der jämmerlichen Löhne gar nichts besagt haben würden.

Ueberhaupt war das Verhältnis zwischen der Organisation und der Behörde nirgends ein so gespanntes wie in Altenau auf der Silberhütte. Der dortige Werksdirektor scheint der Ansicht zu sein, daß die Organisation ihm persönlich angreife wolle, was durchaus unzutreffend ist, daraus erklärt sich wohl seine so gereizte Stimmung, die an folgenden Orten in der Erscheinung tritt. Bisher waren die

Hüttenwerke gegen Lösung eines Erlaubnisscheines zu bejähren. Auch der Unterzeichnete versuchte in Gemeinschaft mit noch einem Kollegen die Gelegenheit zu benutzen, um durch ein Besichtigendes der Altenauer Silberhütte den Betrieb und die Arbeitsmethode kennen zu lernen, uns wurde das aber auf Veranlassung des Berggrats kein Schein ausgestellt. „Von heute ab,“ hieß es, „ist das Besichtigendes der Hütte nicht mehr gestattet.“ Auf eine Anfrage bei dem Hüttenamt in Altenau antwortete der Werksleiter, daß „nur Sommerfremden, Touristen und Schülern während der Saison das Besichtigendes der Hütte erlaubt würde.“ Eine Beschwerde beim Oberbergamt ergab dem Sinne nach denselben Bescheid! Es sollte jedenfalls auch die Behörde wissen können, daß eine derartige Handlungsweise die Arbeiterschaft nur verbittert und dadurch mit aller Deutlichkeit das Messen mit zweierlei Maß zum Ausdruck kommt. Die Wesentlichen und die Antwortschreiben sämtlicher in vorerwähnten Fällen gewechselter Schriftstücke befinden sich zur Zeit in den Händen eines Landtagsabgeordneten, sodas genaue Angaben nicht gemacht werden konnten.

Wozu der unbegleitete Kerger über das Erstarren unserer christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung selbst einen gebildeten Mann hinreißen kann, beweist folgender Vorfall, der zu einer Beschwerde an den königlichen Berghauptmann Klümmer zu Clausthal Veranlassung gab. Die Beschwerde hat folgenden Wortlaut:

Goslar, den 10. Mai 1909.
Herrn Berghauptmann Klümmer
Hochwohlgebornen
Clausthal i. S.

Hochgeehrter Herr Berghauptmann!
Der ergebenst Unterzeichnete erlaubt sich, Ihnen folgendes zu unterbreiten: Am Dienstag, 20. April, ist Herr Berggrat Eisfelder von Altenau auf der Hütte dortselbst im Beisein des Herrn Obermeisters und eines Hüttenaufsehers bei einem Rundgang durch den Betrieb zu einem Arbeiter gekommen, ohne daß die Herren gegrüßt haben. Der betreffende Arbeiter sieht nach einiger Zeit von der Arbeit auf und ruft dann auch. Darauf fährt Herr Berggrat Eisfelder dem Mann zu, warum er nicht grüße, worauf dieser geantwortet haben soll, wenn er mit seiner Arbeit beschäftigt sei, dann wäre es doch Sitte, daß derjenige, der neu hinzukomme, zuerst grüße, übrigens habe er auch gegrüßt.

Daraufhin hat Herr Berggrat Eisfelder den Mann mit 2,50 Mark bestraft, einem ganzen Tagelohn! Außerdem hat er bei dieser Gelegenheit den Ausdruck gebraucht: „Auf Eure Gleichberechtigung da ich... ich.“ Ich meinerseits bebauere sehr, den Ausdruck so wiedergeben zu müssen, wie er gefallen ist, aber da in den kaiserlichen Februarverlassen des Jahres 1890 von der „gesetzlichen Gleichberechtigung des Arbeiterstandes“ die Rede ist, so ist diese wegwerfende, beleidigende Aeußerung des Herrn Berggrats Eisfelder eigentlich unverständlich. — Durch eine derartige Stellungnahme wird aber auch, was das Dauerlichste ist, die Autorität der Vorgesetzten untergraben und die Achtung und der Respekt vor den Vorgesetzten erleiden einen empfindlichen Schlag.

Der betreffende Arbeiter ist dann auch nachher zum Hüttenamt gegangen und hat angefragt, ob es bei der angedrohten Strafe verbleibe, worauf Herr Berggrat Eisfelder dies bejaht hat. An sich ist auch die Strafe eine sehr hohe, denn 2,50 Mark, einen Schichtlohn, zu verlieren, trifft die Arbeiter in Altenau bei ihrem doch immerhin länglichen Verdienst ganz besonders schwer. Bevor nun weitere Schritte unternommen werden, unterbreite ich Herrn Königl. Berghauptmann die Angelegenheit, damit eine Klärstellung der ganzen Angelegenheit erfolgen kann.

Sollte ich nicht falsch unterrichtet worden sein, so würde ich es dankbar begrüßen, wenn Herr Berghauptmann veranlassen wollte, mir freundlichst mitzuteilen, welchen Standpunkt das Königl. Oberbergamt zu der leibigen Affäre einnimmt.

Einer diesbezüglichen Antwort gern entgegengehend zeichnet mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung
Ergebenst!

Wilhelm Buchner,
Sekretär des christl. Metallarbeiterverbandes.

Auf dieses Schreiben antwortete das königliche Oberbergamt in Clausthal unter dem 4. Juli 1909 folgendes:

Königliches Oberbergamt
in Clausthal.
N.-Nr. D 244. Clausthal, 4. Juni 09.

Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß der in Ihrem Schreiben vom 10. Mai mitgeteilte Ausdruck von dem Direktor des Königl. Hüttenamts Altenau einem Arbeiter des Werks gegenüber in der Tat gebraucht worden ist.

Wenn auch aus dem Zusammenhang herbo geht, daß der Werksdirektor durch das Verhalten des Arbeiters, der sich keines guten Rufes erfreut, schwer gereizt war und daß der Direktor seine Geringschätzung lediglich diesem Arbeiter und nicht etwa allgemein der Belegschaft gegenüber bekunden wollte, so hätte doch ein solcher Ausdruck vom Werksdirektor keinesfalls gebraucht werden dürfen.

Die Bestrafung des Arbeiters rückgängig zu machen, liegt kein Anlaß vor.

An
Herrn W. Buchner,
Sekretär des christlichen
Metallarbeiterverbandes.

Gegenüber der in diesem Schreiben angestellten Behauptung, der betreffende Arbeiter erfreue sich „keines guten Rufes“ haben wir festgestellt, daß eine

solche nur auf Grund unzutreffender Information aufgestellt werden konnten und hat deshalb die Bezirksleitung, das auch dem Oberbergamt gegenüber in einem längeren ausführlichen Schreiben zum Ausdruck gebracht. Auf das am 17. Juni abgegebene Schriftstück ist ein Bescheid bis jetzt nicht erfolgt. Im Großen und Ganzen ist die Behandlung der Arbeiter auch hier wie auf allen anderen kapitalistischen Betrieben seit dem Einsetzen der Organisation eine erheblich bessere geworden, auch kleine, materielle Ergebnisse sind in Altenau zu verzeichnen.

Da wir in Altenau auch einige Wegearbeiter in unserem Verbandsorganisiert haben, so nahm die Bezirksleitung Veranlassung, bei der Landesbauinspektion in Goslar am 20. Januar 1909 vorstellig zu werden, es wird über den durchaus unzureichenden Lohn geklagt, fest angestellte Wegewärter verdienen 2,40 Mk., Hilfswärter 2,20 Mk. bei 12stündiger Arbeitszeit; außerdem wurde der Mangel an Schuhhütten und über das Fehlen jegliches Verbandes geklagt. Der Landesbauinspektor sagte bereitwillig Abstellung der Mißstände zu, bis heute ist aber noch alles so ziemlich beim Alten verblieben. Am 8. April 1909 wurde in einer Eingabe an den Landeshauptmann der Provinz Hannover dieser gebeten, eine Aufbesserung der Löhne der Wegearbeiter vorzunehmen und den Sonnabend nachmittag den Leuten freizugeben, da diese Wegearbeiter 2 Stunden und noch mehr zur Arbeitsstelle des Späteren zurücklegen müssen und daher fast nur einige Nachstunden zu Pause verbringen können.

Durch Schreiben vom 20. Mai 1909 teilte das Landesdirektorium mit, daß der Unterfertigte seine Austraggeber mit ihren Interessen zunächst an die vorgesehene Dienstbehörde verweisen möge, was dann auch geschehen ist. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß durch die Ortsgruppe Altena des christl. Metallarbeiterverbandes die erste Zahlstelle der Waldarbeiter in Preußen gegründet werden konnte, indem wir 22 Mitglieder an den Staats- und Gemeindearbeiter-Verband abgetreten haben.

In Clausthal will unsere Bewegung, soweit sie die Hüttenleute betrifft, noch nicht recht vorwärts gehen, trotzdem auch auf der Clausthaler Silberhütte manches anders und besser sein würde, und obwohl in einer Aussprache mit dem Werksdirektor, Herrn Berggrat Bolze unserem Bezirksleiter am 15. März erklärt wurde, daß keinem Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zu unserm christl. Metallarb.-Verb. Schwierigkeiten gemacht werden dürften, im Gegenteil er es keinem Menschen verdenke, wenn er sich organisiere, um auf diesem Wege eine bessere Bezahlung und dergl. zu erlangen. In verschiedenen Eingaben an die Eisenbahndirektion Magdeburg bezw. das Eisenbahnministerium, datiert vom 15. Januar, 14. Februar und 28. Februar wurde die Behörde ersucht, den letzten Wendzug der Strecke Goslar-Clausthal auf der Haltestelle Silbernaal-Grund halten zu lassen, damit die Arbeiter diesen Zug zur Heimfahrt benutzen könnten. Durch Bescheid vom 1. März 1909 teilte die Eisenbahndirektion Magdeburg dem Unterzeichneten mit, daß dem Gesuch ab 1. Mai 1909 entsprochen werden sollte.

(Schluß folgt.)

Sewertchaftliches.

Die Tabakarbeiter und die neue Lage.

Die Tabakarbeiter rüsten zurzeit sehr eifrig, um sich ohne allzu starke Erschütterungen den neuen Verhältnissen anzupassen, wie sie sich durch das neue Tabaksteuergesetz ergeben haben. So haben sich bereits die verhältnismäßig gut ausgebildeten Organisationen der Händler und Fabrikanten in den meisten Bezirken über die zu treffenden Maßnahmen geeinigt. Es wäre nun nur noch zu wünschen, daß die beteiligten Interessenten auch einen Weg finden, wie den Tabakarbeitern der Uebergang in die neuen Verhältnisse unter Vermeidung aller abwendbaren Härten erleichtert werden kann.

Einen sehr beachtenswerten und vielversprechenden Weg hat in dieser Frage der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands eingeschlagen. Er will seinen durch die Tabaksteuer geschädigten Mitgliedern in der nächsten Zeit vor allem an die Hand gehen bei der Werbung um die staatliche Unterstützung. Aber auch sonst werden mannigfache Fragen an die Tabakarbeiter in der nächsten Zeit herantreten. So vor allem im Arbeitsverhältnis. Diese einer möglichst erträglichen Lösung entgegenzuführen, hat sich der oben genannte Verband zur Aufgabe gemacht. Er ist aus diesem Grunde kürzlich mit einem Zirkular an diejenigen Fabrikanten herangetreten, die Verbandsmitglieder des schäftigen. In demselben wird vor allem auf die im Abwehrkampf gegen die Tabaksteuer offenbarte Interessensolidarität zwischen den Fabrikanten und Arbeitern hingewiesen, die sich auch auf die jetzt zu treffenden Maßnahmen ausdehnen lasse. Es folgen dann Vorschläge über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die zu treffenden Maßnahmen bei einer etwa eintretenden Produktions Einschränkung.

Um diesen Vorschlägen eine größere Wirkung zu sichern, hat der Verband die Unterstützung eines großen Konsumentenvereines erworben. Er hat sein Verlangen im Einverständnis mit den maßgebenden Instanzen der christlichen Gewerkschaftsbewegung beschlossen, so daß er

auf die Hilfe der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und der mit ihr sympathisierenden Kreise rechnen kann. Der christliche Verband wird diejenigen Fabrikanten fortlaufend mit erfolgversprechenden Mitteln den oben bezeichneten Konsumentkreisen zur Empfehlung bringen, die den Arbeitern im Sinne der von ihm gemachten Vorschläge entgegenkommen.

Da sich diese in leicht erfüllbaren Grenzen halten und gleichzeitig einer gesunden Regelung der zukünftigen Verhältnisse der Arbeiter in der Tabakindustrie die Wege ebnen, darf man die Hoffnung hegen, daß sie in den beteiligten Fabrikantenzirkeln ein weitgehendes Entgegenkommen finden. Die weitestgehende Öffentlichkeit wird ihrer Durchführung sicherlich durch entsprechende Berücksichtigung im Konsum das nötige Werkzeugs entgegenbringen. Alle näheren Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands in Nees a. Rh.

Wieder Einer.

Vor dem Schöffengericht zu Goslar a. S., hatte sich am Mittwoch, den 11. August ein Mitglied des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, wegen vorläufiger Körperverletzung zu verantworten. Der Angeklagte Tischler H. Wolf aus Goslar hatte am 20. Juni d. J. die Tischler Höy und Spitzer ohne jeglichen Grund beleidigt und mißhandelt, die Angegriffenen gehörten beide dem auf nationalem Boden stehenden christlichen Holzarbeiterverbande an. Es wurde in der Gerichtsverhandlung folgendes festgestellt: Im März d. J. traten bei der Möbelfabrik J. Weigener zu Goslar eine Anzahl dem sozialdemokratischen Verbands angehörende Tischler in den Streit, angeblich wegen Maßregelung eines Tischlers, allerdings ist bis heute weder in der sozialdemokratischen Parteipresse, noch im Verbandsorgan der sozialdemokratischen Holzarbeiter eine genaue Darstellung des Sachverhalts erfolgt, sodaß man fast behaupten möchte, die Streikenden wußten überhaupt nicht, warum sie eigentlich streikten. Es blieben daher ein Teil der Tischler in Arbeit und beschloßen, sich auf nationalem Boden zu organisieren, darunter ein Arbeiter, der 4 Jahre lang dem sozialdemokratischen Verbands angehört hatte. Dies erreichte natürlich den Vorn der sozialdemokratisch organisierten Holzarbeiter und schworen diese den „Kollegen in Christo“ blutige Rache. Auf der Strafe wurden die christlich-organisierten Arbeiter angepöbelt, kurzum, wo sie sich sehen ließen, waren die Produkte sozialdemokratischer Erziehungsarbeit bereit, die Brüderlichkeit zu betätigen. Am Sonntag, den 20. Juni waren die zwei christlich-organisierten Holzarbeiter zu einem Tanzvergnügen, wohin auch der Angeklagte kam und versuchte an den beiden christlich-organisierten Tischlern sein Mäuschen zu fühlen.

In der Verhandlung gab der Angeklagte zu, sinnlos betrunken gewesen zu sein, er könne sich an nichts mehr erinnern. Er erzählte dem Gerichtshof, daß er am Nachmittag des betreffenden Tages schon in einem Vergnügungsort mit 2 Soldaten Differenzen gehabt habe, dann sei er vom Wirt hinausgeworfen worden. Darauf wäre er in ein Lokal mit Damenbedienung gegangen, habe mit einer Kellnerin eine Flasche Wein getrunken, die wäre ihm dann „zu früh“ fortgelaufen, worüber er in der Wirtschaft dann auch standalierte. Auch hier an die Lust befördert, ging er dann zu dem Schauplatz seiner Heldentaten, wegen deren er sich nun zu verantworten hatte. Der Gerichtshof fand es auffällig, daß der Angeklagte, der sinnlos betrunken gewesen sein will, sich nur solche Krute als Objekt seiner „Heldentat“ ausgesucht habe, die dem christlichen Holzarbeiterverband angehört. Durch Zeugen wurde dann auch festgestellt, daß von einer sinnlosen Trunkenheit keine Rede sein konnte, wenn auch der Angeklagte am andern Morgen im Klinslein aufgewacht sein will. Der Amtsanwalt beantragte für jeden Fall eine Gefängnisstrafe von vier Wochen. Das Gericht ging über den Antrag des Amtsanwalts hinaus und erachtete eine Strafe von 6 Wochen als angemessen. Wegen Körperverletzung erkannte das Gericht auf eine Gesamtsstrafe von 2 Monaten Gefängnis. Das Gericht nahm an, daß nicht pure Rauferei, das eigentliche Motiv der strafbaren Handlung gewesen sei, sondern der Umstand, daß die Mißhandelten bei der Firma Weigener arbeiteten und nicht dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande angehören wollten.

Auf solche Mitglieder können die sozialdemokratischen Gewerkschaften stolz sein, wir beneiden sie darum nicht.

Von der Bildungsarbeit sozialistischer Gewerkschaften.

Die Nummer 26 des „Korrespondenzblatts der Generalkommission“ der sozialistischen Gewerkschaften liefert einen Beitrag zur Würdigung der Bildungsarbeit, die von diesen Verbänden aufgenommen worden ist. Sie (die soziald. Gewerkschaften) richten ~~Aktivitäten~~ ~~ein~~ ~~und~~ ~~bauen~~ ~~sie~~ ~~systematisch~~ ~~aus~~. Sie erweitern und vervollkommen ihre Presse, nicht nur am die Mitglieder

über alle wichtigen Vorgänge im eigenen Verband, im gewerkschaftlichen Leben und in der allgemeinen Arbeiterbewegung auf dem laufenden zu erhalten, sondern auch um bildend und aufklärend in jeder Beziehung zu wirken; zur Spezialausbildung in ihrem Beruf haben verschiedene Gewerkschaftszeitungen besondere Rubriken erhalten, während andern wieder eine spezielle Fachbeilage beigelegt wird. Ebenso werden die Versammlungen nicht nur zur Erledigung geschäftlicher Fragen benutzt, sondern auch durch Vorträge über die verschiedensten Gebiete des Wissens und der Kunst belebt, interessant und belehrend gestaltet. Zur Heranbildung geeigneter Lehrkräfte aus den eigenen Reihen haben die Gewerkschaften durch die Generalkommission gewerkschaftliche Unterrichtskurse einrichten lassen usw.“ Seit einiger Zeit, liest man in dem Artikel weiter, „bemühen sich einzelne Gewerkschaften, in ihrer Bildungsarbeit systematisch vorzugehen, von unten aus aufzubauen.“

„So haben z. B. die Berliner Zirkeln des „Verbandes der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe“ seit Anfang vorigen Jahres einen Bildungsausschuß eingesetzt, der sich in dieser systematischen Weise zu wirken bemüht.“

In der Volksschule ist der am meisten gepflegte Unterrichtsgegenstand die Religion. Die biblische Schöpfungsgeschichte hält die Gemüter gefangen, verhinbert bei Unzähligen die Durchdringung zu einer freien Weltanschauung, die Emanzipation vom blinden Glauben zu einem selbständigen, auf den Fortschritt gerichteten Denken. Daher muß ihr die natürliche Entwicklungslehre, dieses Resultat der ersten Forschung freier Geister, entgegengestellt werden. Mit dieser Arbeit hat der erwähnte Ausschuß seine Tätigkeit eingeleitet. Durch zwei Lichtbildervorträge, die der Direktor der Dreptow-Sternwarte, Dr. Archenholz, hielt, wurden die Teilnehmer in die Wunder des Kosmos eingeführt, mit dem Werden und Vergehen im Weltensraum und mit der Entwicklung des Sonnensystems und der Entstehung unserer Erde vertraut gemacht. Ein Zyklus von vier Lichtbildervorträgen, für den der Dozent für Biologie an der Freien Hochschule in Berlin, M. S. Baege, gewonnen worden war, schloß sich an. Er behandelte die Entstehung und Entwicklung des Lebens auf der Erde von der Urzelle bis hinauf zum Menschen. Ein weiterer vierteiliger Vortragszyklus leitete vom Einzelindividuum auf die menschliche Gemeinschaft über und legte den Ursprung und die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft den Säuren dar. In einer späteren Arbeitsperiode des Ausschusses werden Vortragszyklen über materialistische Geschichtsauffassung, Geschichte, Philosophie, Nationalökonomie usw. in systematischer Reihe folgen.

Die Resultate dieser gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, die hoffentlich bald immer weitere Kreise schlagen und von einer stetig steigenden Zahl von Gewerkschaftszustellen aller Berufe und aller Orte in die Wege geleitet werden wird, können nur der Arbeiterschaft zum Vorteil und zum Segen gereichen. Sie werden das Proletariat nicht nur zur Führung seines Kampfes immer tüchtiger und widerstandsfähiger machen, sondern sie werden es auch befähigen, der Entwicklung die Bahn zu ebnen, die den Gegenwartsstaat langsam aber sicher und mit Naturnotwendigkeit in ein Gemeinwesen umwandeln, in welchem die heutige Kultur durch wahrhaft kulturelle Zustände ersetzt ist.“

So also soll die „systematische Bildungsarbeit“ der sozialistischen Verbände aussehen! Man sieht, wie wenig sich diese Verbände bemühen, wirtschaftliche Berufsorganisationen mit streng berufswirtschaftlichen Zwecken zu sein. Je mehr sie aber aus diesem natürlichen gewerkschaftlichen Aufgabenkreis heraustreten und Bildungsarbeit im allgemeinen und weiten Sinne des Wortes einbezogen, um so weiter und tiefer muß die Klüft werden, die diese Verbände von der christlich denkenden Arbeiterschaft scheidet. Das allgemeine Bildungsprogramm der sozialistischen Gewerkschaften unterscheidet sich in nichts von dem unserer heutigen Freidenker, um nichts von der oberflächlich antireligiösen Aufklärerei, die sich die Sozialdemokratie leistet. Es ist im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung tief bedauerlich, daß die sozialistischen Verbände, bei allen Anwandlungen zur Vernunft auf spezifisch wirtschaftlichem Gebiet, in ihrer Bildungsarbeit bewußt die Wege weiter gehen wollen, auf denen es kein Halten mehr gibt. Einst waren die sogenannten „freien“ Gewerkschaften die bloßen Rekrutenschulen der sozialdemokratischen Partei, heute entwickeln sie sich daneben zu Rekrutenschulen einer bewußt antireligiösen Weltanschauung.

Der Zentralverband christl. Lederarbeiter

Hat das Krisenjahr 1908 ziemlich gut überstanden. Während im Jahresdurchschnitt 1908 3903 Mitglieder vorhanden waren, hatte diese Ziffer im vorhergegangenen Jahre 4203 betragen. Trotz des kleinen Mitgliederrückganges von 300 sind die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen um rund 7000 gestiegen. Sie betragen 69 142 Mark. Insgesamt betragen die Einnahmen 71 877 Mark, denen 57 615 Mark Ausgaben gegenüberstehen. An Streit- und Maßregelungsunterstützung wurden 7649 Mark aufgewandt, Krankenunterstützung 5304 Mark, Reise- und Arbeitslosenunterstützung 4450 Mark, Sterbegeld 21 199 Mark. Der Verband war im Berichtsjahre an 25 Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beteiligt mit insgesamt 977 Personen. 13 dieser Bewegungen mit 321 Beteiligten führten zum Streik, und zwar trugen 8 derselben einen siegreichen Charakter. Von ersteren waren 7 erfolgreich, 1 von teilweisem Erfolg. Von letzteren 4 erfolgreich, 1 erfolglos. Bei den Lohnbewegungen kam es in 11 Fällen zu Tarifabschlüssen. An den Erfolgen

der Lohnbewegungen sind folgende zu nennen: 485 Mitglieder erhielten eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1 Mark pro Woche, 138 Mitglieder bis 2 Mk., 156 Mitglieder bis 3 Mk. und 43 Mitglieder bis 4 Mk. pro Woche. Also für 812 Kollegen ein Mehrverdienst von pro Woche ca. 1358 Mk., pro Jahr 70 416 Mk. Arbeitszeitverkürzung wurde erreicht für 106 Mitglieder bis zu 3 Stunden pro Woche, 58 Mitglieder bis zu 6 Stunden, 20 Mitglieder bis zu 9 Stunden pro Woche, gleich 43 992 Stunden weniger Arbeitszeit pro Jahr. Ein deutlicher Beweis, daß die Schuh- und Lederarbeiter im christlichen Verband eine wirksame und erfolgreiche Vertretung ihrer Interessen finden.

Streiks- und Lohnbewegungen.

Berlin. Der Streik der Schlosser ist beendet. Die Aussperrung der Schlosser in den übrigen Bezirken der Schlosserinnungen und des Schuhverbandes Berliner Schlosservereine und verwandter Gewerbe ist aufgehoben.

Dauzig. Der Streik der Klempner ist beendet, die Arbeiter erzielten einen vollen Erfolg. Als in der am Dienstag, den 17. August abgehaltenen Versammlung der streikenden Klempner und Installateure einstimmig die Aufhebung des Streiks beschlossen war, gab Kollege Winter, als Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes, folgende Erklärung ab: „Wir als christliche Metallarbeiterverbands-Mitglieder haben nun fast sieben Wochen mit Ihnen (den Sozialdemokraten) einmütig zusammengestanden und einen schönen Sieg errungen. Im Interesse des Gelingens der Bewegung habe ich bisher über manche Vorkommnisse während diesem Streik geschwiegen. In diesem Augenblick und an dieser Stelle halte ich es jedoch für meine Pflicht, zu reden. Man hat uns christlich organisierte Metallarbeiter anfänglich verächtigt. Uns wurde untergeschoben, daß wir nur deshalb in der Lohnkommission vertreten sein wollten, um auszuhorchen, was im Arbeiterlager vorgehe, um den Unternehmern davon Mitteilung zu machen. Wir wurden so als Arbeiterverräter denunziert. Auch wurde in Zweifel gezogen, ob wir bei dem Streik „Stange halten“ würden. Der Streik ist nun beendet. Wie wir gekämpft und uns betragen haben, haben sie Gelegenheit gehabt, zu beurteilen. In Gegenwart von Freunden und Feinden der christlichen Gewerkschaften, die hier vertreten sind, behaupte ich: Wenn dieser Streik gewonnen worden ist, dann ist dieses Resultat in allererster Linie dem Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes zu verdanken.“ Ein lebhaftes Bravo und Handklatschen war die Antwort, die die Streikenden darauf gaben. Die Streikleitung und der sozialdemokratische Verbandsbeamte Fröngel antworteten mit eifrigem Schwelgen.

Biberach. Die Arbeiter der Drahtwerke Günther erhielten eine Lohnerhöhung von 5 Prozent. Es fand eine friedliche Verständigung statt.

Böckum. In einer gemeinsamen Versammlung wurde die Sperre über die weiskaldischen Stahlwerke aufgehoben. Die Arbeiter erzielten einen vollen Erfolg.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Hamburg. Die Schlosser im Baugewerbe sind ausgesperrt.

Hilfs. Auf dem Eisen- und Stahlwerke stehen die Arbeiter im Streik wegen Lohnabzug.

Olberg. Auf der Olberger Glashütte sind Differenzen ausgebrochen für die Schlosser.

Solnhofen. Im Lithographiestelengebiet sind sämtliche Arbeiter ausgesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. August 1909 der fünfunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. August bis 5. September fällig.

Die Ortsgruppe **B a m b e r g** erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 5 Wfg. insgesamt also 65 Wfg. Nichtbezahlung dieses Zuschlages zieht den Verlust statutarischer Rechte nach sich.

Es wird hiermit von Neuem darauf hingewiesen, daß alle größeren Ortsgruppen alle über fünfzig Wfg. im Voraus als Voranschuss an die Hauptkassa einzulenden haben. Eine Reihe von Ortsgruppen haben dieser Aufforderung schon im vorigen Quartal Folge

geleistet, eine Anzahl aber noch nicht. Wir erwarten, daß diese jetzt auch folgen, und dieser Modus sich auch ohne fortwährende Aufforderung in unserem Verbands einbürgert, wie es in anderen Verbänden bereits der Fall ist. Denn bei den heutigen Beiträgen fließen jeden Monat schon ziemlich hohe Summen in den Händen der Ortskassierer zusammen, die nutzlos bis zur Abschreibung daliegen und manchmal für den Kassierer noch eine Gefahr bilden, während sie an der Hauptkasse im Interesse des Verbandes verwendet und zinsbringend angelegt werden können.

Vertrag mit dem Bruderverband in der Schweiz.

Zwischen dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands und dem Christlichen Metallarbeiterverband der Schweiz wurde folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1. Die Mitglieder werden bei Verlegung ihres Wohnortes in das Gebiet eines der beiden genannten Verbände ohne Zahlung eines Eintrittsgeldes aufgenommen, wenn dieselben sich in ihrer jetzigen Organisation ordnungsmäßig abgemeldet und ihre Beiträge voll bezahlt haben. Die Frist zur unentgeltlichen Aufnahme darf vom Tage der Anmeldung bis zur Neumeldung 6 Wochen nicht übersteigen.

§ 2. Die nach § 1 übergetretenen Mitglieder haben nach Maßgabe ihrer früheren Mitgliedschaftsdauer und der geleisteten Beiträge Ansprüche auf alle Unterstützungen des Verbandes, zu welchem der Uebertritt erfolgt ist, mit Ausnahme der Erwerbslosenunterstützung (bei Arbeitslosigkeit und Krankheit).

Für letztere Unterstützungsarten gelten die jetzigen Bestimmungen und Karenzzeiten, welche in den Statuten des in Betracht kommenden Verbandes vorgegeben sind.

§ 3. Die Reiseunterstützung wird von dem Orte an bewilligt, in welchem der Uebertritt erfolgt und durch Eintragung in das Mitgliedsbuch vermerkt wurde.

§ 4. Bei Streiks und Lohnbewegungen verpflichten sich die Verbände — mo solches erforderlich und gewünnscht ist — Zuzug von Arbeitern zu den Streikgebieten fern zu halten und sind Bemerkungen hierzu in den Verbandsorganen bekannt zu geben.

§ 5. Die Verbände sind herabsetzt wo dieses durch verwaltungsmässige Gründe erforderlich ist, den Ueber tretenden neue Mitgliedsbücher nebst Statuten auszuhandigen. In solchen Fällen ist der Tag des Uebertritts, der Mitgliedschaftsdauer, der geleisteten Beiträge sowie der erhaltenen Unterstützungen in das neue Mitgliedsbuch einzutragen, das alte Buch ist abzunehmen und der Zentralkasse desjenigen Verbandes — zu welchem der Uebertritt erfolgt ist — zu übersenden.

§ 6. Dieser Vertrag ist vorläufig auf ein Jahr abgeschlossen und tritt derselbe mit dem 1. September 1909 in Kraft.

Duisburg,) im August 1909.
St. Gallen,)

Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands
Wieber,
Verbandsvorsitzender.
Christlicher Metallarbeiterverband der Schweiz
Brielmaier,
Zentralpräsident.

Anmerkung: Diejenigen Kollegen, welche aus der Schweiz zuziehen, erhalten ein neues Mitgliedsbuch unseres Verbandes ausgestellt. Mit Rücksicht auf die bei der Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes aufbewahrte Mitglieder-Kartothek ist das notwendig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Nachen. Der christl. Metallarbeiterverband hielt am vorletzten Sonntag in dem sehr schönen neuerbauten Saal des Säuglingshauses der Josephsparte zu Nachen eine allgemeine Mitgliederversammlung für die Ortsgruppen von Nachen-Stadt und -Land ab. Die Versammlung zeigte, daß der christliche Metallarbeiterverband im Nacher Bezirk wohlgerüstet dasteht. Zahlreich waren die Kollegen erschienen, um einem Vortrage ihres Verbandsvorsitzenden Wieber-Duisburg beizuwohnen. Kollege Wieber legte in seinem Vortrage die Tätigkeit des christl. Metallarbeiterverbandes für die Metallarbeiter in der Vergangenheit dar. Besonders hob er die großen Verdienste des christlichen Metallarbeiterverbandes im Nacher Bezirk hervor. Die gegnerischen Verbände, sozialdemokratische wie Hirsch-Dunderscher, hätten jahrzehntelang im Nacher Bezirk dominiert, aber nichts für die Metallarbeiter erreicht. Erst als der christliche Metallarbeiterverband auf dem Plane erschien, sei es anders geworden. Dieses sollten die Metallarbeiter von Nachen nicht vergessen. So wie in Nachen der christliche Verband im einzelnen, so habe er auch im allgemeinen gewirkt. Redner ging besonders auf die Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes bezüglich des Hüttenarbeiter-schlages ein. Als noch kein Verband sich dieser schwer gelagten Arbeiter angenommen, als noch in der breiten Öffentlichkeit der große Irrtum verbreitet war, daß durch die geschaffenen Wohlfahrts-Einrichtungen der Hüttenarbeiter der Hüttenarbeiter besser gestellt sei wie die übrige Arbeiter-schaft, da habe der christliche Metallarbeiterverband den Schleier gelüftet und der Öffentlichkeit gezeigt, wie es in Wirklichkeit bestellt sei. Redner führt die Tätigkeit des Verbandes im einzelnen aus. Im Jahre 1904, als der Verband kaum gegründet, habe er in Offenbach auf seiner Generalversammlung über den Hüttenarbeiter-schlages ein eingehendes Referat halten lassen. In einer dort angenommenen Resolution sei ein besserer Schutz und die achtungwürdige Schlichtung für die Feuerarbeiter verlangt worden. 1907 habe der Verband in Duisburg eine Hüttenarbeiterkonferenz, die zahlreich besucht gewesen sei, abgehalten. Außer den Delegierten hätte auch eine An-

zahl Reichstagsabgeordnete der verschiedensten Parteien an dieser Konferenz teilgenommen. Im Herbst desselben Jahres sei dann auf dem allgemeinen christlich-nationalen Arbeiterkongress in Berlin der Hüttenarbeiter-schlages nochmals eingehend behandelt worden. Der Verband habe dann noch eine Petition an den Reichstag gerichtet, die sich mit dem Hüttenarbeiter-schlages befaßte. Alle diese Aktionen wären dann nicht ohne Wirkung geblieben, die Deffentlichkeit habe hier Schutz verlangt, der Bundesrat sei diesen Forderungen durch den Erlass einer Verordnung endlich nachgekommen. Allerdings bringe die Verordnung nicht das, was der christliche Metallarbeiterverband gefordert habe, es sei aber einmal ein Anfang. Die Verbandskollegen sollten sich in der bisherigen Weise weiter betätigen, ganz besonders müßten die Hüttenarbeiter mit mehr Eifer und Mitarbeit ihre Sache vertreten. Zum Schluß ging Redner dann auf die neuesten Angriffe der Gegner, sowohl der sozialdemokratischen wie der Hirsch-Dunderscher, bezüglich der politischen Vorgänge ein. Redner zeigte, wie ungerecht die Angriffe der Gegner hier sind. Die christlichen Gewerkschaften sind politisch neutral, das haben sie in diesem Kampfe bewiesen. Den Gegnern sei es nur darum zu tun, die christlichen Gewerkschaften zu sprengen, was ihnen ja nicht gelingen werde. Als Redner dann das verräterische Treiben der gegnerischen Verbände kennzeichnete, zeigte, wie die den Hirsch-Dunderscher Verbänden nahestehende Parteien zur Bewilligung noch größerer Summen indirekter Steuern bereit gewesen seien, ferner zeigte, wie die Sozialdemokratie die deutsche Arbeiter-schaft durch ihr Verhalten bisher immer schwer geschädigt habe, da gaben die christlichen Metallarbeiter ihrem Führer durch demonstrativen Beifall zu verstehen, daß sie vor wie nach bereit sind, für die christliche Gewerkschaftsbewegung einzutreten. Die sehr anregende Versammlung wurde hierauf mit einem brausenden Hoch auf den Verband und seinen Vorsitzenden geschlossen.

Berlin. Am Freitag den 13. August sprach im Wilhelmshof, Oberstraße bei Berlin, der 1. Bevollmächtigte der Berliner Verwaltung des sozialdem. Metallarbeiterverbandes Genosse Cohen über das Thema: „Die Entwicklung der wirtschaftlichen Klämpfe“. Nach Cohen sind Inflationen zu erwarten; Grenzfreigleichen müssen aufhören. Der Metallarbeiterverband wäre sich seiner Verantwortung bewußt, nur er käme in Frage, da er 300 000 Mitglieder, während das halbe Duzend Organisationen der anderen Richtungen nur 50 000 Mitglieder hätte.

Einer unter den anwesenden Kollegen vom christlichen Metallarbeiterverband erklärte: Die christl. Gewerkschaften wären Industrieverbände und hätten die Grenzfreigleichen nicht. Wollte der sozialdemokratische Verband sich seiner Verantwortung bewußt sein, so gelte es, seine Klasse damit in Einklang zu bringen. Der christliche Verband hat pro Kopf ein Vermögen von 27,15 Mk., während der sozialdem. Verband nur 9,32 Mk. aufweisen kann. Auch die Mitgliederzahlen sind nicht zureichend. Der soz. Metallarbeiterverband rechnet mit einer gelebten Durchschnittsrate von 48. In Berlin wurden aber pro Quartal statt 13 — 14 geklebt oder 56 im Jahre, weshalb man auf eine kleinere Mitgliederzahl als die angegebene rechnen muß. Unser Kollege zweifelte aus diesen Gründen die Zahl der sozialdemokratischen Metallarbeiter in Berlin an. Nach den Äußerungen des Genossen Schoen in einer Werkstattversammlung der Linotype-Abteilung, werden die Kosten der Rohlegerbewegung nicht von der Zentrale in Stuttgart, sondern von der Lokalfasse getragen, der Abteilungsvertrauensmann gab nach ihm gewordenen Informationen der Verwaltung diese Tatsache zu.

Um ein Bild von dieser Versammlung zu geben, verdient erwähnt zu werden, daß der Beamte Selekov vom Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverband und Cohen, unterstützt durch ihren Anhang, sich über Grenzfreigleichen 1 1/2 Stunde unterhielten. Ein echter, rechter „Jungbrunnen“. Selekov erklärte: „Die Generalkommission ist falsch informiert worden, so wurde es möglich, uns den betreffenden Arbeitszweig abzunehmen.“ (Läßt tief bliden. D. Eins.) Ein anderer Genosse: „Wenn Schweden solche Leiter hätte, wie Cohen, dann wären sie den ersten Tag Meite.“ Ein anderer: „Unsere Beamten kämpfen nur um Erhaltung ihrer Position und verstehen keine Vorträge zu halten.“ Wer von den christlich organisierten Kollegen glaubte, im Schlußwort eine sachliche Erwiderung seitens des Generalkommissionsmitgliedes der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands, Genossen Cohen, erwarten zu können, war enttäuscht. Nach dem Rezept: sie — die christlichen Gewerkschaftler — können sich noch so sehr bemühen, ich brauche bloß München-Gladbacher zu sagen, so bringe ich alles gegen sie auf, verfuhr der Genosse Cohen auch hier. „M. Gladbacher Jesuitenjüngling“, „Minterschüler“, „Zentrums-gewerkschaften“. Unser Kollege verbeiferte durch Zwischenrufe, er wäre evangelisch und Berliner. Flug giug es über den „Stückerjüngling Wimm“ her, der in Siegen durchfiel. Die Gründungs-tagsversammlung vorigen Jahres im Gewerkschaftshaus, einberufen von der Zeitung „Das Reich“, mit naturwissenschaftlichem Thema, wurde zur Gewerkschaftsversammlung gestempelt. Cohen schloß mit den Worten:

„Ich habe dem Kollegen Winter ja schon erklärt: Bleiben Sie mit ihren interkonfessionellen Geschichten vom Leibe. Die christlichen Gewerkschaften sind erst dann am Platze, wenn Larve mit der Kirche geschlossen werden mit Abendmahl und darauffolgender Beichte.“ — Wie sagte doch der alte Fritz?

Die Auseinandersetzungen der Genossenführer und die Wortwütsche, die ihnen geworden sind, zeigen den ganzen sittlichen Tiefstand, der hier herrscht. Kollegen, wer keine christliche und nationale Gesinnung nicht verspoitet sein will, trete dem christlichen Metallarbeiterverbande bei. Nur durch Stärkung unserer Reihen zwingen wir den Gegner zur Anerkennung. Auf zur Arbeit, durch Kampf zum Sieg!

Pforzheim. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und dessen Führer in tausend Tönen und Rufen! Aus dieser Stimmung heraus wuchs das Verlegenheitsprodukt der letzten Metallarbeiterzeitung. Zum besten Verständnis seien zuerst einige Bemerkungen vor-

ausgeschickt, welche die Situation am hiesigen Platze blickhell beleuchten, und die Verlegenheit der Pforzheimer Metallgenossen umso begreiflicher erscheinen lassen.

Gegen Ende Juni erließ die Ortsverwaltung unseres Verbandes in der Tagespresse einen Aufruf zum Beitritt in den Verband. In dem Aufruf wurde neben den Leistungen des Verbandes auch dargelegt, wie es zuzusetzen mit dem sozialdem. Verband bestellt sei, daß derselbe infolge seiner Schmuckkonkurrenz im Unterstützungsweir vor dem finanziellen Ruin stehe, daß er die Unterstützungen, mit denen er stets und ständig den christlichen Organisationen gegenüber kreben giug, erheblich beschränken müsse, zu einer Zeit, da die Mitglieder dieser Unterstützungen am meisten bedürfen. Das rief die Führer des sozialdem. Verbandes auf den Plan. In einer geharnischten Erklärung glaubten sie die Christlichen duden zu können. Hier die

Erklärung.

In der Nr. 144 dieser Zeitung (Pforzh. Anzeiger) wird von den Herren Kaber Kuhn, Spie-Str. 43, und G. A. Hessehewert, Luise-Str. 35, in einem längeren Eingefandt behauptet, der Deutsche Metallarbeiterverband hätte 1. seinen Mitgliedern gegenüber jahrelange Vorspiegelungen und gemachte Versprechungen zu Schanden werden lassen, also nicht gehalten; 2. eine Finanzmishwirtschaft getrieben, durch die von den 11 Millionen Mark Einnahme nichts übrig geblieben sei, als leere Worte.

Wir erklären demgegenüber, daß wir uns wegen dieser groben Unwahrheiten auf eine Polemik nicht einlassen, vielmehr diesen Herren Gelegenheit geben, an Gerichtsstelle den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen anzutreten. Eine sachdienlich Aufklärung über die Beschlüsse unserer Generalversammlung und deren Begründung wird unseren Mitgliedern sowohl wie der Deffentlichkeit in den nächsten Tagen zugehen.

Deutscher Metallarbeiterverband
Ortsverwaltung Pforzheim.

Wer nun glaubte, den Genossen sei es ernst mit dem gerichtlichen Vorgehen gegen die beiden „Schwarzen Freier“, sah sich enttäuscht; bis zur Stunde warten die beiden Kollegen auf eine Vorladung. Nach den Äußerungen des Geschäftsführers Steinmayer hätten die christlichen Hintermänner, die die Dinge so zu brechen wollten, daß man ihnen nichts anhaben könne, ein Verhütungsmittel für die eigene Schwäche, und zwar das „Pflanzhaus“, wo vom christl. Metallarbeiterverband erhobenen Behauptungen nicht entkräften zu können. Danach bleibt es bei dem, was wir in unserem Aufruf festgesetzt hatten inbezug auf die sozialdemokratische Organisation. Hierin und in den massenhaften Austritten ist der Schlüssel zu suchen für die überaus schlechte Stimmung im Verbandsbureau des sozialdem. Metallarbeiterverbandes in Pforzheim.

Trotz der Erklärung, nicht mit uns zu polemisieren, ließ sich der sozialdem. Verband resp. dessen örtliche Leitung auf eine Polemik ein, zunächst einmal mit der „sachdienlichen“ Aufklärung, wozu man eine starke Inzeratenseite der hiesigen drei Zeitungen in Anspruch nahm, welches einem Kostenpunkt gleichkommt, der das Doppelte dessen übersteigt, was unsererseits für die vier Entgegnungen ausgegeben wurde. Den Herren bleiben wir die die Antwort keineswegs schuldig, wohl aber überl mußten die Genossen auf Grund unserer Feststellungen, die ins Schwarze trafen und geradezu verheerend im Genossenschaftslager wirkten, erwidern. Dadurch entstand ein Zeitungskampf, wie er anderwärts auch mit der gleichen Schärfe geführt wird, nur im reaktionellen Teil des Blattes; da uns hier jedoch kein Blatt zur Verfügung steht, waren wir gezwungen, im Inzeratenteil den Kampf auszu-tragen, bei dem sich der sozialdem. Verband nach dem Urteil unbefangener Bürger eine Schlappe um die andere holte. Mangels anderer sachlicher Argumente geht man nun damit kreben, daß man sagt, der christliche Verband würde die Mittel seiner Kollegen für Inzerate verschwenden, zugleich sucht man zwischen Lokalverwaltung und Hauptvorstand einen Keil zu treiben, ein von den Genossen gern beliebtes Manöver, das jedoch bei unsern Kollegen nicht mehr verhängt.

Um für das Manöver wenigstens einen Scheingrund zu haben, werden Dinge zitiert, die direkt aus den Fingern gelogen sind, die den aufgelegtesten Schwindel personifizieren. Von dem, was die Notiz der Metallarbeiterzeitung über eine Mitglieder-versammlung berichtete, ist nur das zutreffend, daß ein Kollege den Vorstand fragte, wie es mit den Kosten des Zeitungskampfes sich verhalte. Nachdem der Vorsitzende die entsprechende Aufklärung gegeben hatte, gab sich der betreffende Kollege zufrieden mit dem Bemerkten, daß er dem Vorgehen der Verwaltung zustimme. Alles übrige, wie der Antrag gegen den Vorstand, die Zahl der Abstimmernden und daß vier Mitglieder des Zeitungskampfes wegen ausgetreten seien, ist purer Schwindel.

Mit der Charakterisierung und Klarstellung des in Frage kommenden Falles könnten wir es genug sein lassen, doch halten wir es für geboten, die gegen uns beliebte Kampfesweise nochmals kurz Revue passieren zu lassen. Da man sich im sozialdem. Lager der christlichen Schläge nicht zu erwehren weiß, droht man mit dem Gericht. Nachdem sich hierzu keine passende Handhabe findet, verlegt man sich auf die Art des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der gleich den Unternehmer-scharmachern, den Gewerkschaften die hohen Verwaltungs- und Agitationsausgaben zum Vorkauf macht, sie als Verschwender der Arbeitergroschen zu denunzieren sucht. Eine recht nette Gesellschaft für den sozialdem. Metallarbeiterverband. Wiederum probiert man es mit den Zentrums-Metallarbeitern, zu dem löblichen Zweck, die verständigen evangelischen Kollegen und Kollegeninnen topfischen zu machen; dabei wissen die hiesigen Genossen des sozialdem. Verbandes nur zu genau, daß wohl selten in einer Ortsverwaltung unseres Verbandes soviel evangelische Kollegen sitzen, als gerade in Pforzheim. Um die Fanatiker, deren es auch hier eine Anzahl im sozialdem. Lager gibt, gegen unsere führende Kollegen aufzustacheln und zu reizen, nach der Art, wie es beim hiesigen Maurerstreik zutage trat, durch Anpöhlungen und Karnebelungen, hebt man deren Namen be-

sonders hervor nach dem Rezept: Willst du nicht mein Bruder sein —

Der letzte Trick, den man mit der Notiz der Metallarbeiterzeitung hauptsächlich verfolgen will, zwischen Zentralverwaltung und unserem Zentralvorstand einen Streit zu entfachen, ist so hirnverwirrend, daß man nur stammeln muß, ob der Langmut und Geduld, mit der die Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes berattigt über sich ergehen lassen, ohne ihre Führer in die Schranken zu weisen.

Wollten wir eine ähnlich schätzbare Kampfmethode anwenden, wie sie seit Jahren schon gegen uns in Bismarckheim gang und gäbe ist, dann müßten wir an die Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes die Gegenfrage richten: „Sollten sie es nicht für eine Verschwendung der Verbandsgelder, wenn auf Grund des heutigen Mitgliederstandes zwei Beamte zuviel besoldet werden? Eine solche Kampfmethode können wir umso mehr ablehnen, als unsere Kollegen, denen der sozialdemokratische Verband in punkto gewerkschaftlicher Meise und Selbst um ein gutes Stück voraus sind, während man im sozialdemokratischen Verband über 65 Pfg. nicht hinauskommt, zahlen unsere Kollegen 75 Pfg. bis 1,05 Mk. Daß sie sich dadurch die Unterstützung in der bisherigen Weise sicherten, war ihr gutes Recht, erst dann wäre es das, was man gemeinhin Schmutzkonzurrenz nennt, wenn sie beim alten Beitrag höhere Unterstützungen erhielten; hier liegt der Fall wesentlich anders.

Es läßt sich in anbeacht dessen leicht verstehen, weshalb die Führer des sozialdemokratischen Verbandes auf die Christlichen nicht gut zu sprechen sind. Im Stillen agitiert man mit dem niederen Beitrag; zum Unterstützung auszahlen und Kämpfe führen sollte man die Mittel haben, doch woher nehmen, die eigenen Mitglieder wollen nicht und aus Furcht so und so viel Aufwände zu verlieren, getraut man sich nicht, mit dem Beitrag in die Höhe zu gehen — eine bittere Geschichte.

Nun ist es uns weiterhin nur zu gut bekannt, daß die große Mehrzahl der Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes mit ihren Führern in bezug auf die Bekämpfung unseres Verbandes nicht einig gehen, da sie es Tag für Tag nur zu sehr verspüren müssen, daß ihre Führer anderweitig genug Veranlassung hätten, ihre geistigen Fähigkeiten zu offenbaren, in der Richtung der praktischen Vertretung der Arbeiterinteressen.

In wieviel Betrieben wird die Wählerarbeit noch nach den Vereinbarungen vergütet? Auf der ganzen Linie werden die Akkordpreise gedrückt, in einem Betrieb mit 250 Arbeitern hat man nahezu die Hälfte abgebrochen. Wie ist es mit der Behandlung bestellt? Alles Fragen, Uebelstände, die einer Reform nur zu dringend bedürfen, hier heißt es allerdings, nicht nur den Mund spüren — es muß auch gepiffen werden, doch dazu fehlt dem sozialdemokratischen Verband die nötige Lungenkraft, mangels — Mohamed und den Propheten —

Da fragen die Unternehmer so wenig als die Arbeiter darnach und so viel Millionen an Unterstützungen ausgegeben wurden, hier heißt es einfach, hat der Verband so viel Mittel, um einen Kampf mit Erfolg durchzuführen, wenn ja, dann gut, wenn nicht, dann mag er ein Unterstützungsverein sein und bleiben, aber keine Gewerkschaft mit der Aufgabe, die wirtschaftlichen und geistigen Interessen der Arbeiter zu heben und zu fördern. Keine andere deutsche Metallarbeiterorganisation kann mit mehr Fug und Recht von sich erklären, jener Aufgabe am besten entsprochen zu haben, als die unsere, der christliche Metallarbeiterverband, der durch seine gewissenhafte Verwaltung der Verbandsgelder die Erhöhung des Kampffonds selbst in Krisenzeiten ermöglichte. Darauf sind wir stolz, weil wir mit Huberficht in die Zukunft blicken können.

Kollegen, unsere Antwort auf die Anfechtung der Metallarbeiterzeitung ist Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes, nicht geruht und nicht gestraft, bis der letzte Kollege, bis die letzte Kollegin in unseren Reihen ist.

NB. Nun mögen die Genossen auch diese Nummer unter ihren Kollegen austreten in Erfinden.

Soziales.

Die Schwindelkrankenassen

Sind für das wertvolle Volk im Laufe der letzten Jahre eine Geißel geworden. Handwerker und Arbeiter haben vielfach, um gewissenlosen Menschen die Beiträge für sogenannte Hilfskrankenassen auszubehalten. Gewiß soll jeder dafür sorgen, daß er in kranken Tagen nicht das Notwendigste entbehrt, aber Mitglied einer Schwindelkasse zu werden, ist unangelegentlich. Wir haben eine stattliche Anzahl solcher Hilfs- und Zuschußkrankenassen und dennoch gedeihen die Schwindelassen wie die Pilze im Frühjahr. Warum? Weil leider ein großer Teil der Arbeiter- und Handwerkerwelt den unerfüllbaren Versprechungen der Schwindler mehr glaubt als den berufenen Vertretern einer soliden Krankenkasse.

Trotz unzähliger Warnungen vor den Schwindelassen in der Presse werden immer wieder die Leute betrogen. In der Regel merken sie es erst, wenn der Konturverwaltung einer betrachteten Kasse die rückständigen Beiträge gerichtlich eintrifft. In den letzten Jahren sind mehr als 40 solcher Schwindelassen betrachtet. Kein Wunder! Die Direktoren und Agenten beziehen — das ist ja der Gründungszweck — hohe Gehälter und Spesen — bis 75 Prozent der Gesamteinnahme. In solchen Fällen ist doch an eine geordnete Zahlung der Krankengelder nicht zu denken. Jedem Agenten solcher Krankenkassen sollten unsere Leser rüchrichtig die Tür weisen.

Schließlich veröffentlichte das Berliner Polizeipräsidium folgende Warnung vor einer Schwindelkasse:

Die „Deutsche Krankenunterstützungs-Kasse“ in Kassel, unter dem 4. Februar 1907 als „eingetragene Hilfs-Kasse“ zugelassen, erstreckt ihre Tätigkeit über das Deutsche Reich und bezweckt nach ihrem Statut die Unterstützung

Unterstützung ihrer Mitglieder und deren Angehörigen für Krankheits- und Todesfälle. Nach den Rechnungsabzählungen, die die Kasse dem Polizeipräsidenten zu Kassel als der zuständigen Aufsichtsbehörde eingereicht hat, hat sie im Jahre 1907 bei einer reinen Jahreseinnahme von 33 868 Mark an Verwaltungskosten 26 636,16 Mk. und im Jahre 1908 bei einer reinen Jahreseinnahme von 182 679,82 Mk. an Verwaltungskosten 112 865,76 Mk. aufgewendet. Die Verwaltungskosten stellten sich demnach im Jahre 1907 auf rund 76 Prozent und im Jahre 1908 auf rund 62 Prozent der reinen Jahreseinnahme. Sie bestehen vorwiegend in Ausgaben für die Bezüge der Vorstandsmitglieder, der Leiter der örtlichen Verwaltungsstellen und der übrigen Klassenvertreter. Die Beiträge der Mitglieder finden nur zum kleinsten Teile zur Erfüllung des Zweckes Verwendung. Das Publikum wird auf die angeführten Tatsachen hingewiesen und vor dem Beitritt zu einer Versicherungskasse gewarnt, die die Beiträge ihrer Mitglieder zu drei Vierteln zu den Verwaltungskosten verwendet.

Ähnlich wie in der hier gekennzeichneten Kasse steht es in den meisten anderen betriebsartigen spekulativen Unternehmungen aus. Die Dummen scheuen aber leider nicht alle zu werden, sodaß trotz aller Warnungen die „menschenfreundlichen“ Gründer noch immer lohnende „Geschäfte“ machen können. Hoffentlich wird es bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung gelingen, diesen Schwindelassen den Lebensfaden zu unterbinden.

Die Zahl der Tarifverträge in Deutschland

hat sich nach amtlicher Feststellung von 3564 auf 6324, die Zahl der Betriebe, in denen nach tariflichen Bestimmungen gearbeitet wird, von 97 410 auf 111 050 und die der darin beschäftigten Arbeiter von 817 445 auf 974 564 erhöht. Nach der „Soz. Prax.“ sind alle bedeutenderen Verträge zwischen heiderseitigen Organisationen der Kontrahenten abgeschlossen. Bei nur sechs Verträgen für 97 Betriebe und 947 Arbeiter waren die Unternehmer allein organisiert: umgekehrt wurden aber 1237 Verträge für 10 135 Betriebe und 80 463 Arbeiter von organisierten Arbeitern mit unorganisierten Arbeitgebern abgeschlossen. Reichstatarifverträge zählte die amtliche Statistik für 1907 nur drei, und zwar nur für das graphische Gewerbe mit 6740 Betrieben und 57 670 Arbeitern. Registarifverträge bestanden für 17 334 Betriebe und 158 205 Arbeiter. Ortstarif gab es 1318 für 27 355 Betriebe mit 188 866 Arbeiter. Tarifverträge mit Einzelfirmen existierten in 1263 Fällen für 4186 Betriebe mit 83 880 Arbeitern. Ueber den Inhalt der Tarifverträge wäre im wesentlichen folgendes zu berichten: 2319 Verträge, also beinahe die Hälfte der Gesamtzahl, setzten für 43 292 Betriebe mit 348 576 Arbeitern die tägliche Arbeitszeit fest, davon über 11 Stunden nur 1647 Betriebe mit 6465 Arbeitern. Der Achtstundentag ist dagegen in rund 600 Betrieben Deutschlands für etwa 12 000 Arbeiter vertraglich vereinbart, und zwar besonders häufig für Stein- und Erzarbeiter, Maschinenbauer, Bauhandwerker, Brauer und Buchbrucker. Das Kost und Logiswesen geht in den besser organisierten Gewerben ständig zurück, und nur 46 Verträge enthalten Angaben über Kost und Logis. Das Material über die Entlohnung ist sehr umfangreich. Der Wochenlohn von 25 Mark ist bei den gelehrten Arbeitern am häufigsten.

Berichtigung.

In dem Artikel „Noch ein Wort über Streit und Moral“ in der vorigen Nummer ist durch die Fortlassung des Wortes „nicht“ in der letzten Zeile der 3. Spalte ein furchtbarer Fehler unterlaufen. Es muß dort selbstverständlich heißen: „sowohl es sich als ein geistliches Ding handelt.“ Die Redaktion.

Briefkasten.

Kollege R. A. in Frankenthal. Deine Mitteilung über U. haben wir zu den Akten gelegt. An Verschiedene: Wegen großen Stoffandrang konnten mehrere Artikel zurückbleiben für die nächste Nummer.

Sterbetafel.

Bochum. Am 20. August starb unser Kollege Hermann Weirich im Alter von 23 Jahren an Lungenentzündung.

Selskirchen. Am 21. August starb infolge Blutsturz unser Kollege Christoph Rickzenwöhne im Alter von 40 Jahren.

München. Am 19. August starb unser Kollege Johann Kertinger an Lungenentzündung im Alter von 60 Jahren.

Saarbrücken. Am 12. August starb infolge Lungenbluten unser treuer Kollege Joseph Haas, Malzer, im Alter von 40 Jahren.

Stettin. Am 9. August ist unser Kollege Wilhelm Schulz im Alter von 53 Jahren an Darmtumor gestorben. Ehre ihrem Andenken.

Veranstaltungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Veranstaltung!

Afffeld. Sonntag, den 29. August, Versammlung bei Gastwirt Linge. Umzeitiges Erscheinen der Kollegen erwünscht.

Aischaffenburg. Samstag, den 28. August, findet im Lokal 1851 Versammlung statt.

Für die Ortsgruppen **Amberg, Sulzbach, Wobensbüchel, Weiherhammer und Teublitz** findet am Sonntag, den 5. September, nachmittags 1 Uhr in Schwandorf bei Herrn Josef Meier (Gewerkschaftslokal) Rathausgasse eine Konferenz statt. An die Mitglieder der nächst gelegenen Gruppen ergeht freundliche Einladung zur regen Beteiligung.

Bochum (König Ludwig). Sonntag, den 29. August, vormittags 11 Uhr, öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Wie wahr die Zeitung der Bede König Ludwig das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter.“ Besonders die Besenarbeiter sind bringend eingeladen.

Bruchhausen, Hamborn, Margloh. Sonntag, den 5. September, nachmittags 4 Uhr, findet bei Kießen eine gemeinsame Versammlung statt.

Cleve. Sonntag, den 29. August, Mitglieder-Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus bei Pauls am großen Markt. Unorganisierte mitbringen.

Duisburg I. Sonntag, den 29. August, morgens 11 Uhr, Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlung im Lokal des Herrn Bous, Steinstraße und Tiergartenstraße-Ecke.

Duisburg-Ruhrort-Laar. Sonntag, den 5. September, nachmittags 5 Uhr, Versammlung mit Vortrag.

Duisburg-Weed. Sonntag, den 5. September, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Müllers.

Düren. Sonntag, den 29. August, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Gohr, Mühlendorf.

Essen. Sonntag, den 29. August, vormittags 10 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Frohnhauserstraße 19 eine öffentliche Versammlung statt. Als Referent ist Kollege Breddemann-Köln gewonnen, welcher über den VII. christlichen Gewerkschaftskongress zu Köln und 10 Jahre gewerkschaftlicher Arbeit innerhalb der christlichen Gewerkschaften referieren wird. Die Versammlung ist als eine große Kundgebung der christlichen Arbeiter Essens gedacht um Klarheit über die gegenwärtige Lage zu schaffen. Unsere Kollegen haben daher für eine gute Partizipation zu sorgen und zuzuhören zu unserer Versammlung zu ermahnen. Es sind besonders diejenigen Arbeitskollegen mitzubringen, welche Aufklärung über die christliche Gewerkschaftsbewegung fordern.

Essen-Berge-Forst. Samstag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal Bortmann, Hochstraße unsere Sektionsversammlung statt. — Sonntag, nachmittag Familienfeier im Saale des Herrn Bortmann.

Essen-Holsterhausen. Sonntag, den 29. August, nachmittags Sommer-Ausflug nach Bergerhausen.

Essen-Mittelfeld. Sonntag, den 29. August, nachmittags Sommerausflug nach Dahlhausen.

Selskirchen-Dulmke. Freitag, den 8. September, abends 8 Uhr, Versammlung bei Meise.

Selskirchen-Püllen. Sonntag, den 5. September, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Nachbarshulte.

Goch. Samstag, den 28. August, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag bei Wwe. Kießer.

Hamborn. Sonntag, den 29. August, morgens 10 Uhr, Versammlung mit Vortrag bei Langhoff, Beeder- und Emischerstraße-Ecke.

Wenden. Sonntag, den 5. September Versammlungen morgens 10 1/2 Uhr in Schwitten, nachmittags 5 Uhr in Lendringem und abends 8 Uhr in Wenden.

Münster. Samstag, den 4. September, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Bolhof, Zeltnerstraße 26.

Navensburg-Weingarten. Samstag, den 28. August, abends 1/2 9 Uhr, Versammlung im Lokal „Wacht am Rhein“, Navensburg.

Badisch-Rheinfelden. Unterstützungen zählt aus: 300 Fehle, Warenhäuserstr. 61; mittags von 12—1 Uhr.

Siegen (Ortsverwaltung). Sonntag, den 29. August, nachmittags 2 Uhr findet im Lokal des Herrn Hempelmann (früher Sturm) in Weidenau, Untere Friedrichstraße die erste Generalsversammlung der neuen Ortsverwaltung statt. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Stettin. Nächste Versammlung Sonnabend, den 4. September abends 8 1/2 Uhr bei Schulowski, Blumenstr. 16. Kranke und arbeitslose Kollegen haben sich beim Vorsitzenden R. Kowyn-Gustav-Abolffstr. 56 zu melden.

Thale a. S. Sonntag, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr, im „braunen Hirsch“ Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. „10 Jahre christliche Gewerkschaftsarbeit.“ Die Frauen der Kollegen sind freundlichst eingeladen.

Unterföcken. Sonntag, den 29. August, Mitglieder-Versammlung. Beginn präzis 3 Uhr.

Wilhelmshafen. Freitag, den 3. September, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag abends 8 1/2 Uhr, im „katholischen Gesellenhaus.“ Die Adresse des Vorsitzenden Kollegen Wehberg ist Bouffstraße 21. Unterstützungen zählt Kollege Turpisch, Kaiserstraße 49 von 6—8 Uhr abends. Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden fortan jeden ersten Freitag im Monat im genannten Lokale statt.

Die Schule des Schlossers.

Praktisches Lehr- und Handbuch zur Ausbildung in der Kunst Bau-, Maschinen- und Werkzeugschlosserei mit Zeichnungen. Buchhandlungspreis 120.00 Mark, jetzt für 80.00 Mark zu verkaufen. Anfragen besorgt Aug. Oberhoffel, Dielesfeld, Herforderstraße 84.